permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

NR.11 / NOVEMBER 1977 / PREIS S 3.- / DM 0.40



Stammheim und die Folgen

Die angekündigte "geistige Auseinandersetzung" mit den "Sympathisanten" nimmt materielle Formen an, wie sie in der Nachkriegsentwicklung noch keine bürgerliche Demokratie gesehen hat. Ausgestattet mit dem Maulkorbparagraphen 88a (dem deutschen Gegenstück zum § 282) werden dutzende linke Buchläden durchsucht und in Niedersachsen wurde unter anderem Franz Mehrings "Deutsche Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts" auf die Verbotsliste gesetzt. Welch eine fürchterliche Ironie. Der Autor des Werkes wurde als unerschütterlicher Mitkämpfer Rosa Luxemburgs im greisen Alter von der Sozialdemokratie nach dem 1.Weltkrieg in "Schutzhaft" genommen, die seinen Tod beschleunigte. Heute wird ein Werk von ihm, wieder von eben jener SPD auf die Verbotsliste gesetzt. Das auch eine Dissertation über die "Agrarprobleme Tansaniens" auf diese Liste gesetzt wurde, mag man dem etwas deformierten Verstand der Fahnder zuschreiben!

Neben den ständigen Verkehrskontrollen, der entfachten Massenjagd nach den 'Terroristen', verstärkt sich die Repression auf die extreme Linke. Dutzende Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Prozesse sollen deren Möglichkeiten sich politisch zu äußern extrem beschneiden und schließlich überhaupt unterbinden. Der Verbotsantrag der CDU/CSU gegen die sogenannten "K-Gruppen" (KBW, KPD, KPD/ML, KB) wurde von der SPD nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern lediglich aus solchen der "Taktik" abgelehnt.

Zur Entwicklung in Portugal...7

In Nürnberg wurde Ende des vergangenen Monats Gerd-Hinrich Schnepel zu zwei (!) Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen der Herausgabe des "Anarchistischen Kochbuches" verurteilt und bürgerliche Blätter machen sich auch schon laute Sorgen wegen der im Buchhandel erhältlichen "Anleitung zum Widerstand" die vom Schweizerischen Unteroffiziersverband herausgegeben wurde und in der vermutlich besser und genauer als im "Anarchistischen Kochbuch" alles zu finden ist, was den Staatsapparat aufscheucht.

Aber hinter all dem Gefasel von "Gewaltlosigkeit", hinter dem "Pazifismus der herrschenden Klasse", ist unschwer der Klassencharakter all dieser Maßnahmen zu erkennen und selbst der gutwilligste Liberale müßte eigentlich begreifen, wohin dieser Zug im Begriffe ist abzufahren. Vor dem Hintergrund einer systematischen Verharmlosung des Faschismus, einer in Buch und Film nicht mehr abebbenden Verherrlichung der Nazi-Führer, richten sich all diese Polizeistaat-Maßnahmen, die Einschränkung der Versammlungsfreiheit und des Rechtes der freien Meinungsäußerung ausschließlich gegen die extreme Linke, als den linken Teil der Arbeiterbewegung, der - und das kommt dem Staatsapparat natürlich entgegen und erleichtert sein Vorgehen - von der Arbeiterklasse isoliert ist. Solidarität mit den politischen Gefangenen, mit der RAF, die Geschehnisse in Stammheim klar beim Namen als Mord zu nennen, muß damit zum ersten Schritt einer breiten Gegenwehr werden, auch wenn dies ohne Zweifel von einer defensiven, isolierten Position ausgeht. Wenn heute Teile der Linken in der BRD und in Österreich meinen, daß die Solidarität mit den politischen Gefangenen und der RAF nicht in den Mittelpunkt gestellt werden könne, weil das die "Arbeiter nicht verstehen" und weil man damit keine "breiten Bündnisse" schaffen könne, dann vergessen sie bloß, daß wir an dieser Frage nicht vorbei können. Die Bourgeoisie hat all ihre Kräfte mobilisiert, ihren Propagandaapparat und ihre Polizei auf Hochtouren gebracht und genau die RAF in den Mittelpunkt gestellt. Hier kann man sich nicht - ob man will oder nicht - durch rethorische Tricks vorbeischwindeln, denn genau jene Kräfte, die man stets zitiert, wenn es gilt ein "breites Bündnis" zu schaffen, haben den Ball aufgegriffen und machen nun ihrerseits die Frage der RAF - soll heißen Verurteilung und Distanzierung - zur Vorbedingung. Hier wird nur mehr die Selbstverleugnung helfen. Dem Staat und den Reformisten geht es genau darum, eine Verurteilung der Gewalt generell zu erreichen, soferne sie gegen die Bourgeoisie und ihre Herrschaft gerichtet ist. Wer sich heute panisch von der RAF distanziert ("die gehören ja nicht mehr zur Arbeiterbewegung"), wird morgen Farbe bekennen müssen, wie er es mit dem "Terror" und der "Gewalt" der Arbeiterklasse hält!

Gewaltanwendung soll das Monopol der herrschenden Klasse bleiben. In der Ausgabe des "Spiegel", in der die gesamte "liberale" Redaktion sich hysterisch von der RAF distanziert, finden wir einen unkommentierten Bericht irgendeines Faschistenschweines über seine Freuden anläßlich der täglichen Ermordung dutzender bewaffneter Freiheitskämpfer in Rhodesien. Und während der "bürgerliche Pazifismus" in den Blättern nicht mehr zur Ruhe kommt, finden wir in der Rubrik "Weltnachrichten" klein, ganz unten die Meldung, wonach der schwarze Studentenführer Biko in Südafrika erschlagen wurde wie ein toller Hund. Erschlagen von einer Regierung, die von all diesen "Pazifisten" mit Waffen und anderen Waren unterstützt wird.
Nein. All diese Maulkorbparagraphen und Einschüchterungsmaßnahmen des Staatsapparates können nicht verhindern, daß wir uns für die Gewalt der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker einsetzen. Gewalt 'an sich' gibt es für Marxisten nicht. Wer-Wen. So und nicht anders steht die Frage.

Auch die Stalinisten stimmen ein in das Geheul um die "Verbrechen der RAF". Diejenigen, die vor einiger Zeit den Kommunisten Bahro als "Spion" einkerkerten, erklären ihre Bereitschaft der BRD-Regierung bei der Fahndung "behilflich"zu sein! Kann es ein ekelerregenderes Gezücht geben? Das Blut von abertausenden Kommunisten an den Händen, winselt dieses Geschmeiß von "RAF-Verbrechern", die der "Rechten nützen"! Gebt Bahro frei und schert euch zum Teufel, ist die einzige Antwort, die sie verdienen!

EIN 'BREITES' BÜNDNIS?

Heute von einem 'breiten Bündnis' zu sprechen, bedeutet entweder die Realität nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen, oder aber den eigenen politischen Inhalt bis zur Unkenntlichkeit zu reduzieren. Worum tatsächlich gekämpft werden muß, ist ein Abwehrbündnis der extremen Linken! Gilt dies natürlich für die BRD, so auch für Österreich, wo die Repression, wie zu erwarten war, zunimmt, dennoch nicht die Ausmaße wie in der BRD annimmt.

Unsere Genossen vom Spartacusbund haben eine Initiative zur Schaffung eines "Schutz- und Trutzbündnisses" gesetzt. Am 15.Oktober fand eine erste Sitzung, zu der auch die GIM (die deutsche Schwesterorganisation der GRM) aufgerufen hatte, statt und an der neben Spartacusbund und GIM, der KB, die KPD und eine ihrer Vorfeldorganisationen, die 'Gruppe Rheinische Zeitung', die 'Revolutionär Sozialistische Initiative' (eine Abspaltung der GIM), die SAG, die TLD, sowie Gruppierungen der ehemaligen Mehrheit des

Bahros 'Alternative'...11

Spartacusbundes (die die Organisation verlassen haben), teilnahmen. Der Spartacusbund legte folgende Resolution vor:

"Angesichts der jüngsten staatlichen Repressionswelle, die die gesamte westdeutsche Arbeiteravantgarde in ihrer Existenz bedroht, haben sich autorisierte Vertreter der unterzeichneten Organisationen am 15.Oktober 1977 in Frankfurt/Main getroffen und beschlossen, im Rahmen eines Schutz- und Trutzbündnisses gemeinsame Abwehrmaßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene einzuleiten.
Als wichtigste, unmittelbar zu realisierende gemeinsame Aufgabenstellungen auf nationaler Ebene wurden benannt:
- Die gemeinsame Übernahme der presserechtlichen Verantwortung für alle Organe der Unterzeichnerorganisationen durch deren bisherige Exponenten.
- Die kollektive Gewährleistung von Erscheinen, Vertrieb und Verkauf aller Publikationen der Arbeiterbewegung im Falle ihrer Unterdrückung oder des Verbots der betreffenden Organisationen, Gruppen etc.
- Die Durchführung einer nationalen Demonstration (möglichst mit internationaler Beteiligung) als erstem Höhepunkt einer Kampagne gegen die Repression auf der Grundlage der Freiheit der Propaganda für alle teilnehmenden Organisationen der Arbeiterbewegung am 13.November in Essen. Den Schutz dieser Demonstration übernimmt ein gemeinsamer Ordnerdienst, der die Aktionseinheit tragenden Organisationen.
- Zur Gewährleistung der reibungslosen Durchführung der oben genannten Vereinbarungen und zur Beschlussfassung über weitere gemeinsame nationale Aktivitäten, richten die Unterzeichnerorganisationen einen gemeinsamen Koordinationsausschuß mit Sitz in Frankfurt/Main ein. Dieses Gremium tagt bis auf weiteres in dreiwöchentlichem Rythmus und bei Bedarf. Anfallende Kosten werden auf die Träger umgeleitet.

Über diese Beschlüsse hinaus erkennen die Unterzeichnerorganisationen weitere elementare Aufgaben, die den vorhandenen Möglichkeiten entsprechend bereits auf lokaler Ebene angegangen werden. Es sind dies:

- Die Organisierung lokaler Anti-Repressionskomitees bzw. die Beteiligung an bereits vorhandenen mit Aktionseinheitscharakter.
- Die ausnahmslose Verteidigung aller politisch Verfolgten gegen den bürgerlichen Staat und den Kampf für die Freiheit aller politischen Gefangenen ohne politische Voraussetzungen oder Auflagen irgendwelcher Art.
- Die Gewährleistung des Schutzes von Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen gegen staatliche Übergriffe, notfalls aber auch gegen Organisationen der Linken, die sich das Recht zur politischen Zensur anmassen, durch gemeinsame Ordnerdienste etc.
- Die Organisierung eines Solidaritätsfonds (tendenziell eines nationalen Fonds) zur Unterstützung politischer Prozesse etc.
- Die Erstellung von bzw. Werbung für Dokumentationsmaterial.
- Die Unternahme gemeinsamer Anstrengungen zur Unterbindung des öffentlichen Auftretens faschistischer Organisationen, letztlich deren Zerschlagung.

Alle Organisationen, Gruppen und Individuen der westdeutschen Arbeiterbewegung sind aufgerufen, sich dieser notwendigen Aktionseinheit umgehend anzuschließen."

Es wäre natürlich eine Illusion zu meinen, daß bei einem derart breiten Spektrum der anwesenden Strömungen der Linken eine sofortige Übereinstimmung erreicht hätte werden können. Dennoch - ein erster Schritt wurde gesetzt und weitere werden und müssen folgen! Wesentlich ist es,den Kampf in die Richtung zu führen, daß das Schielen auf linke Sozialdemokraten und DKP nicht das Zustandekommen eines Bündnisses der extremen Linken verhindert!

AUCH IN ÖSTERREICH!

Was dort tägliche Realität ist und an Ausmaß ständig zunimmt, zeichnet sich hier noch weitgehend in den Konturen ab, deren Umrisse aber deutlicher werden und an Gestalt gewinnen. Die völlige Übernahme der Menschenjagd-Hysterie durch die bürgerliche Presse dieses Landes, die "erhöhte Wachsamkeit" der Staatsschützer nimmt bisweilen Formen an, die unter anderen Umständen, vor einem anderen Hintergrund, durchaus als einigermaßen komisch abgetan werden könnte. Doch heute und jetzt ist das gar nicht komisch, wenn das Auto eines "Deutschen mit langen Haaren" von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten umstellt wird. Ein falscher Griff, eine nervöse Geste ... "Vielleicht hatte er doch etwas damit zu tun ..."

Und auch alles andere als komisch ist es, wenn in diesen Tagen das Auto zweier junger Männer (eines Deutschen und eines Australiers) verfolgt (irgendein Hysteriker hatte sie denunziert) und bei passender Gelegenheit umstellt wird und die beiden aus dem Wagen gezerrt und verhaftet werden. Sie hatten nichts "damit" zu tun. Doch vermerkt der "Kurier" vom 2.November, daß sie nicht sogleich auf freien Fuß gesetzt wurden, sondern erst "Auskunft" über die vielen "Vermerke" in ihren Pässen geben sollten. Vielleicht "Weltenbummler-Sympathisanten"?

Doch Tatsache ist, daß hierzulande noch niemand plötzlich vor der eingetretenen Wohnungstür stand, wie dies in der BRD jetzt häufig vorkommt. Daß bei solchen "Maßnahmen zum Schutze der Freiheit" noch manch Gegenstand in der Wohnung selbst "zu Falle" kommt, kann sich eine unverbesserliche Fantasie, wie die unsrige, leicht vorstellen. Österreich, du hast es (noch) besser. Kann da aber auch heißen: Österreichische Linke, bei deiner Harmlosigkeit hast du noch einige Zeit nichts Arges zu befürchten.

Erklärung der Anwältin von Irmgard Möller

"Irmgard Möller ist wegen Herzbeutelverletzung nach Stichwunden am 18.10. in der chirurgischen Universitätsklinik Tübingen operiert worden. Sie ist am 23.10. von der Intensivstation in Tübingen in das Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt worden. Irmgard Möller erklärt: Es hat zwischen Andreas Baader,Gudrun Ensslin,Jan Carl Raspe und ihr zu keiner Zeit eine Absprache gemeinsamen Suizids gegeben. Sie hat keinen Suizidversuch unternommen. Sie hat sich die vier Stichwunden in ihrer linken Brustseite nicht selbst beigebracht. Ihre letzte Wahrnehmung vor Eintritt von Bewußtlosigkeit waren zwei Knallgeräusche und ein quietschendes Geräusch. Das war Dienstag,am 18.10., um ungefähr 4.30 Uhr. Die Verletzungsvorgänge hat sie nicht bei Bewußtsein erlebt. Irmgard Möller ist bis heute ohne Außenweltkontakte außer zwei Anwaltgesprächen am 22.10. von 21 bis 21.30 Uhr und am 24.10. von 15 bis 16 Uhr.Sie ist weiterhin ohne Zeitung und Radio. Von Raspes Tod,von den Todesumständen Baaders und Ensslins und von den Vorgängen auf dem Flughafen von Mogadischu hat sie erst in diesen Gesprächen erfahren."

Doch wie schon gesagt, die Konturen zeichnen sich bereits ab und das Vorgehen des Staatsapparates gegen die Linke nimmt an Ausmaß zu. Die Verurteilung des Studenten Pühringer - er soll ein ANR-Mitglied während einer antifaschistischen Kundgebung verletzt haben - zu drei Monaten bedingt, steht zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der jetzt vorherrschenden 'Terroristen-Hysterie', doch daß Pühringer gerade jetzt verurteilt wird (aufgrund der Aussage eines Faschisten) ist mehr als bemerkenswert.
Unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes der politischen Gefangenen in Stammheim fand eine spontane Kundgebung in der Wiener Innenstadt statt, wobei nun drei Teilnehmer (die verhaftet wurden) wegen "öffentlicher Ruhestörung" und "Erregung öffentlichen Ärgernisses" Geldstrafen zu bezahlen haben.
Der BRD-Staatsangehörige Balzer, der sich aktiv für die politischen Gefangenen in der BRD und in Österreich (Waltraud Book) einsetzt, soll als angeblich "mittelloser Ausländer" das Land verlassen müssen. Daß dieses Land schon des öfteren "ausländische Mörder", wie den Schah von Persien (da hinten winkt einer mit einem Paragraphen) bewirtet und begrüßt hat (pardon, der muß ja ehrbar sein, jetzt wo er den Doktorentitel der Prager Universität hat), möge der regierenden Sozialdemokratie noch viele schlaflose Nächte und sorgenvolle Tage bescheren. Doch Mörder bringen ja bisweilen Devisen!

Ein gezieltes Vorgehen gegen unsere Organisation stellten die Hausdurchsuchungen am frühen Morgen des 22. Oktober dar. Was suchte man? Der entsprechende "Hausdurchsuchungsbefehl" gibt Auskunft:
" ...eine Hausdurchsuchung zum Zwecke der Auffindung und Beschlagnahme von Gegenständen (!) deren Besitz oder Besichtigung für das gegenständliche Strafverfahren von Bedeutung sein könnte, vorzunehmen. Es handelt sich dabei um folgende Gegenstände: insbesondere weitere einschlägige Publikationen und Unterlagen (ausgenommen solcher, die sich auf die in den allgemeinen Strafgesetzen begründete Verantwortlichkeit des Verfassers beziehen - § 45 Pressegesetz), die insbesondere auf Kontakte zu allenfalls auch ausländischen Sympathisanten schließen lassen".
"Sympathisanten" von wem, bitte?
Wir wollen nicht verschweigen, daß wir zuweilen "Kontakte" mit "Sympathisanten" des Spartacusbundes hatten und haben und können auch nicht garantieren, daß jene nicht zuweilen ein Bier (es können auch einige Biere gewesen sein) mit "Sympathisanten" der GIM getrunken haben, oder gar dies auch in Zukunft tun werden. Wenn dies der Wahrheitsfindung dienlich ist, bitte.

Und die "Begründung" für die Hausdurchsuchung lautet folgendermaßen:
"In der Sondernummer 2 der per. Druckschrift 'Permanente Revolution', Zentralorgan der Internationalen Kommunistischen Liga, vom Okt. 1977 sind verschiedene Textstellen (Seite 13,14,15) enthalten, welche im Zusammenhang mit dem Mord an dem deutschen Generalbundesanwalt Buback den Tatbestand des § 282 Abs.2 StGB. erfüllen. Auf Grund dieser Druckschrift ergibt sich der Verdacht, daß Kontakte zu Sympathisanten in der BRD vorhanden sind und daß weitere derartige Veröffentlichungen zu erwarten sind."

Die genannten Seiten in der Sondernummer 2 der "permanenten Revolution", enthalten zum Ersten eine Erklärung der RAF zur Liquidierung von Buback und stellten damit nicht unsere politische Ansicht dar. Wenn jeder unter Anklage gestellt wird, der Erklärungen der RAF abdruckte, müßte dies im Falle dutzender bürgerlicher Zeitungen geschehen. Zum Zweiten ist auf der Seite 15 der genannten Sondernummer ein Kommentar des Spartacusbundes zur Liquidierung Bubacks abgedruckt, in dem diese politisch kritisiert wird. Und außerdem ist






Wir trauern um die Genossen

dieser Kommentar bereits in der "permanenten revolution" Nr. 9 vom Juni 1977 abgedruckt gewesen. Damals hatte die Staatsanwaltschaft keinerlei Reaktion auf diesen Artikel gezeigt, heute werden wir deswegen vor Gericht gezerrt! Schließlich sei noch auf die Passage in der "Begründung" für den "Hausdurchsuchungsbefehl" hingewiesen, in der jeder verdächtig ist, der "Kontakte" zu "Sympathisanten" haben könnte! Also nicht einmal selbst sogenannter "Sympathisant" sein muß. Es gibt in der BRD und in Österreich sicherlich tausende solcher Personen. Hier hat die österreichische Staatsanwaltschaft in "aller Ruhe", ohne den Lärm, der in der BRD bei solchen Angelegenheiten zumeist entsteht, genau die Gepflogenheiten der deutschen Hexenjagd übernommen. Es erwartet uns also ein Prozeß, wobei die Anklage auf "Gutheißung eines Mordes" lautet. Nein, nicht jene "seriösen Blätter" die seit Jahren mehr als "klammheimliche Freude" über die Ermordung hunderttausender Vietnamesen, Chilenen, Afrikaner usw. zur Schau tragen, werden von der Sozialdemokratie (die Staatsanwaltschaft ist bekanntlich weisungsgebunden) angeklagt, sondern der Linken soll am Beispiel Buback, Ponto und Schleyer deutlich demonstriert werden, daß Gewaltanwendung und Gewaltgutheißung ein Monopol der herrschenden Klasse und ihrer Schreiberlinge bleiben soll! Denn wer heute sich weigert, hysterische Distanzierungserklärungen im "Falle Buback" abzugeben, der wird morgen ebenso vor die Anklagebank geschleppt werden, wenn er etwa die Liquidierung irgendeines gekrönten oder ungekrönten Folterknechtes gutheißt. Und diejenigen, die sich jetzt unbedingt auf 'seriös und doch radikal' geben wollen, werden an diesen Fragen nicht vorbei kommen, aller Demagogie und Rhetorik zum Trotze. Zuerst "Gutheißung des Mordes an Buback", dann "Gutheißung der Gewalt gegen das freie Unternehmertum", was im Falle einer Betriebsbesetzung ("Hausfriedensbruch", "Nötigung" usw.) ohne weiteres durch den § 282 abgesichert ist. Von der Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Lateinamerika oder Afrika ganz zu schweigen! Wehret den Anfängen, das gilt auch hier!

Die Schaffung eines permanenten Anti-Repressionsbündnisses der Linken steht auch hierzulande auf der Tagesordnung. Wir haben bereits in der Vergangenheit den Versuch unternommen ein derartiges Bündnis zu initiieren, scheiterten allerdings am schlichten Desinteresse der Mehrheit der linken Organisationen und Gruppierungen. Klar ist, daß die Bereitschaft über ein solches Bündnis zumindest zu diskutieren, heute größer ist als damals. Dies ist verständlich, einfach weil fast jede linke Organisation in der nächsten Zukunft eine Anklage wegen des § 282 erwarten kann.

Trotz dieser größeren Bereitschaft wäre es blanke Illusion zu meinen, ein solches Bündnis könne relativ schnell zustande kommen. Selbst die einfachsten Schritte scheitern zumeist an der 'Diplomatie' und an der Phrase vom "breiten Bündnis" (siehe dazu den Artikel: "Ein seltsames Gespann" in dieser Ausgabe). Denn klar muß sein, daß ein Anti-Repressionsbündnis nur ohne "taktische Rücksichten" sinnvoll und zweckmäßig ist. Entscheidend ist der Inhalt, die Stoßrichtung und die Bereitschaft ohne jede Einschränkung zu benennen, zu verteidigen und zu agieren. Um es mit einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein solches Bündnis, das sich weigern würde, die Repression gegen die Genossin Book aufzuzeigen und die Genossin nicht verteidigen würde, weil etwa ein 'linker' Sozialdemokrat

Diese, von der GRM vorgelegte Resolution wird von der IKL unterstützt.

WEG MIT DEM §282 !

Von dem Arsenal der Repressionsmittel gegen die Linke, die das Strafgesetz den Organen des bürgerlichen Staates zur Verfügung stellt, hat sich bisher vor allem der §282 als besonders geeignet für diesen Zweck erwiesen. Dieser Paragraph lautet:
(1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung Beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren zu bestrafen.
(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Absatz 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer 1 Jahr übersteigende Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.
Insbesondere der Absatz 2 dieses Paragraphen erlaubt eineweitestgehende willkürliche Anwendung. Bisherige Fälle, in denen nach diesem Paragraphen Anklage erhoben wurde, haben gezeigt, daß der Justizapparat auch die kritische Auseinandersetzung mit einer Handlung als deren "Gutheißen" interpretieren kann. Dies wird dadurch begünstigt, daß das "allgemeine Rechtsempfinden" als Maßstab für die Kriminalisierbarkeit herangezogen wird, eine Kategorie, die aufgrund ihrer Unbestimmtheit in der Auslegung dem Belieben des jeweiligen Justizorgan überlassen bleibt.
Die bisherigen Anwendungsfälle dieses Paragraphen zeigen, wie er als ständig hervorziehbarer Knüppel gegen die Linke gehandhabt wird:
- Nach der Demonstration gegen die drohende Hinrichtung spanischer Antifaschisten durch das Franco-Regime 1975 wird gegen einen Teilnehmer der Demonstration Anzeige nach §282 erstattet, weil er in einem Fernsehinterview die Rettung dieser Menschenleben als wichtiger bezeichnet hatte, als die bei dieser Demonstration eingeschlagenen Fensterscheiben des Wiener Iberia-Büros. Die Absurdität dieses Verfahrens wurde aber offenbar den Justizbehörden selbst bewußt - das Verfahren mußte eingestellt werden.
- 1976 wurde eine Genossin der ÖBL nach §282 verurteilt, weil sie die für den Inhalt Verantwortliche einer Ausgabe des Organs der ÖBL war, in der in einem Artikel die Geiselnehmer aber gleichzeitig gegen die Hetze der Reaktion verteidigt worden waren.
- Der jüngste Anwendungsfall dieses Paragraphen ereignete sich kürzlich: Gegen den Presseverantwortlichen der Sondernummer 2 der "permanenten revolution", des Organs der IKL, wurde Anzeige nach §282 erstattet, mit der Begründung, daß in der Zeitung eine Erklärung der RAF, die aber schon in zahlreichen, nicht nur linken, Zeitungen der BRD veröffentlicht worden ist, und ein Kommentar zum Fall Buback, in der diese Aktion politisch kritisiert wird, abgedruckt war.
Dieser Paragraph ahndet nicht ein strafgesetzwidriges Handeln, sondern er bestraft eine Gesinnung, nämlich eine, die nicht dem "allgemeinen Rechtsempfinden", d.h. dem des Staatsapparates entspricht. Er stellt eine permanente Bedrohung für jeden dar, der sich kritisch zu dieser Gesellschaft äußert.
Daher: WEG MIT DEM §282 !

POLITISCHES BÜRO DER GRM

schiefe Nasenlöcher machen würde, wäre - pardon - für Arsch und Friedrich! Doch wie auch immer. Auch wenn keine der größeren 'linken' Organisationen teilnehmen sollte, wäre es dennoch ein Fortschritt, wenn zumindest jene Kräfte, die das "Aussprechen was ist" vor das diplomatische Lavieren stellen, zu koordiniertem Handeln kommen würden. Nichts gegen die "Breite", aber zuerst kommt für Kommunisten noch immer der Inhalt!

So bleibt zum Schluß noch jenes Vorgehen der ÖVP-Studenten (ÖSU) zu vermerken, die in Universitätsgremien verlangten, daß wir uns von jenem Flugblatt distanzieren sollten, welches wir anläßlich der Ermordung der politischen Gefangenen in Stammheim herausgegeben hatten. Daß dieses Flußgblatt den ÖVP-Studenten nicht gefiel, können wir begreifen (sonderbar wäre das Gegenteil gewesen), aber zu glauben, daß wir uns von unseren politischen Aussagen distanzieren, ist einigermaßen lachhaft. Dies kann weder der bürgerliche Staat, geschweige denn irgendein Bourgeois-Söhnchen bzw. Töchterchen erreichen.

Als sich die anwesenden Mandatare der linken Organisationen weigerten, das Flugblatt zu verurteilen, verließen die Rechten (ÖSU und JES) den Raum. Die rechten Studentengruppen wollen die allgemeine 'Terroristen-Hysterie' benützen, um generell gegen die Linke an den Hochschulen vorzugehen. Auch darüber muß die Diskussion bezüglich gemeinsamer Abwehrmaßnahmen der Linken geführt werden.

Die Ereignisse rund um die Entführung Schleyers stellen einen Test für jeden Linken, für jede linke Organisation dar. Hier wird nicht nur für heute und jetzt die Trennlinie zwischen rechts und links gezogen. Etiketten wie "Revolutionär" oder gar "IV. Internationale", von "kommunistisch" ganz zu schweigen, werden sich beweisen müssen. Der ständige Druck des Reformismus auch auf die extreme Linke, dessen Vorhandensein für Marxisten eine unbestreitbare Realität war und ist, dennoch in den Jahren des"Friedens" "theoretischer Faktor" blieb (mit den Tupamaros und mit "Che" liebäugelte auf einer völlig unpolitischen Basis so mancher 'linke' Sozialdemokrat, aber "bei uns..."), ist nun direkt und unmittelbar erkenntlich geworden.

Ein seltsames Paar!

Am 1. November fand eine Aktionseinheitssitzung statt, deren Sinn und Zweck ursprünglich war, längerfristige Maßnahmen gegen die Repression zu besprechen und zu planen. Anwesend waren GRM, SOAK, CISNU, APG, RMF und wir. Der Vertreter der GRM, der - so sagte er es zumindest - nichts von der ursprünglichen Aufgabenstellung dieser Sitzung wußte, legte zum Ersten einen Resolutionsentwurf gegen den § 282 vor, der auch im Wesentlichen unumstritten blieb. Weit bemerkenswerter, wenngleich nach der letzten Entwicklung nicht ganz unerwartet, war allerdings zum Zweiten die Ankündigung der GRM, am 23. November eine Veranstaltung zur Solidarität mit der BRD-Linken zu machen. Darüber habe man (die GRM) schon 'Einigkeit' mit der FÖJ erzielt (es war auch kein Vertreter dieser Organisation erschienen) und es gehe nun darum, zu prüfen, ob auch andere Organisationen auf einer politischen Plattform zu dieser Veranstaltung aufrufen könnten. Die politische Grundlage sollte aus dem ersten Absatz, sowie den Losungen des Flugblattes bestehen, welches die GRM anläßlich ihrer "Kommunismus oder Terrorismus"-Veranstaltung verteilt hatte. Auf der Veranstaltung am 23. November sollten die schon vor einiger Zeit von der Russell-Initiative eingeladenen Heinz Brandt und Sebastian Cobler vom "Sozialistischen Büro" sprechen (dieser Cobler ist auch 'Sekretär' der Russell-Initiative in der BRD, allerdings niemals gewählt, sondern einfach 'eingesetzt' worden). Im übrigen - so der GRM-Vertreter weiter - sollte es keine Auseinandersetzung 'innerhalb der Linken' werden, sondern, wer die GRM-Politik kennt weiß was kommt, möglichst 'breit' 'geplaudert' werden. Die Solidarität mit den von der Repression Betroffenen solle, unter dem Motto: 4 Stunden gegen die Repression, im Mittelpunkt stehen. Mit linkem Sänger, aber ohne kaltes Buffet. Daß die GRM daneben noch von 'möglicher Diskussion', ja sogar von 'Podiumsdiskussion' sprach, mag man der Verwirrung zuschreiben, denn schließlich bedeutet doch Diskussion auch inhaltliche Auseinandersetzung. Wenn die GRM mit der FÖJ gerade jetzt zu einer solchen Veranstaltung aufruft und die Stellungnahmen des 'Sozialistischen Büros' und der FÖJ zur 'Gewalt' unbeantwortet lassen will, ist das nicht unser Bier.

Nach einiger Zeit und längeren Auseinandersetzungen wurde das, was eigentlich schon vorher feststand, auch allen klar. Hier soll unter dem Deckmantel der'Solidarität' die RAF verurteilt werden, und zu diesem Zwecke ist man auch bereit, politische Zensur auszuüben. Auf den Vorschlag der CISNU (die ebenso wie wir, die APG und die RMF der Ansicht ist, daß es unzumutbar ist, nur Coblersprechen zu lassen, dessen Organisation genau zu diesen Fragen Standpunkte entwickelt, die sie nicht mehr von der 'linken' Sozialdemokratie unterscheiden), einen Anwalt der politischen Gefangenen einzuladen, reagierte die GRM mit wünschenswerter Offenheit: "Man muß sich ansehen, was der gesagt und getan hat"! Im Klartext, ohne die von der GRM bevorzugte Diplomatensprache: Der Anwalt dürfe nicht die politischen Positionen der RAF vertreten. Auf unseren Vorschlag, auch einen Vertreter des KB einzuladen: Es solle kein Vertreter einer deutschen linken Gruppe ("Wir laden ja auch die GIM nicht ein") sprechen, sonst kommt es zum 'linken Streit' und das schadet - eh´schon wissen - der 'Breite'.

"Aber" - so wir schüchtern - "Cobler ist doch vom 'Sozialistischen Büro', ist das keine Organisation?" Hier - so wurden wir 'belehrt' - spreche er als Vertreter der Russell-Initiative. Von 5-7 'Sozialistisches Büro' und dann als 'Sekretär' 'überparteilich'. Das gibt's wirklich! Und so mußten wir und die anderen zur Kenntnis nehmen, daß die GRM wahrhaft der Ansicht ist, Heinz Brandt und Sebastian Cobler würden nicht die Ansicht bestimmter politischer Gruppierungen zum Ausdruck bringen. Sie dürfen diese Gruppierungen nur nicht beim Namen nennen. Das kennt man schon. Ähnlich 'argumentierte'in Zwentendorf der kernige Naturschützer, der unlängst wie ein läufiger Wolfshund "Kreisky komm heraus" am Ballhausplatz geschluchzt hat. Sachen gibt's.

Das sich dann doch herausstellte, daß das feine Gespann FÖJ/GRM das gesamte Flugblatt zur Grundlage der Veranstaltung machen will, ist unserem unverbesserlichen Hang zum Bohren zuzuschreiben. In diesem Flugblatt wird von den "Wahnsinnsaktionen" der RAF gefaselt, die dem Staat den "Vorwand" geben, aufzurüsten und die demokratischen Rechte zu beschneiden. Womit wir auch schon beim Kern der Sache wären.

Unseren Vorschlag, daß,wenn schon eine gemeinsame Grundlage vorhanden sein soll, ein minimaler Konsens - etwa im Sinne des Flugblattes, welches zu der Kundgebung am 28. Oktober aufrief - zu finden wäre, der die Fakten der Repression darstellt, aber keine politische Gruppierung positiv oder negativ erwähnt, wurde klarerweise von der GRM abgelehnt. Es ging ja nicht um mögliche Gemeinsamkeiten, es ging nicht mehr um Diskussion, sondern nur mehr darum: Wir (FÖJ und GRM) machen das, macht ihr mit oder nicht.

Auf dieser Veranstaltung sollen weder RAF-Standpunkte vertreten werden dürfen, noch die des KB und logischerweise damit auch nicht solche der APG und der IKL. Ein Distanzierungsspektakel. Die Genossen der CISNU, die dafür eintraten, keine Verurteilung der RAF in die Grundlage aufzunehmen, sprachen sich darüber hinaus klar gegen den Begriff "Wahnsinnsaktionen" aus, gegen den auch die SOAK ihre Bedenken anmeldete (hier kann man sehen, wie weit rechts die GRM bereits steht). Man werde eben - man versteht sich ja auf's diplomatische Geschick - eine andere Formulierung finden. Vielleicht: "Die Aktionen der RAF schaden der Linken mehr als dem Staat", oder so. Auf jeden Fall muß 'Breite' gewährleistet sein. Man kann die Dinge ja ruhig beim Namen nennen. Die 'Massen' sind in diesem Fall wohl einige Dutzend 'linke' Sozialdemokraten und wenn der KSV positiv reagiert, dann wird's auch bei den "Wahnsinnsaktionen" bleiben.

„Wenn's der Wahrheitsfindung dient"

Was kümmert es die bürgerliche Presse und die sonstige "öffentliche Meinung", daß der zu den Untersuchungen beigezogene österreichische Sachverständige sagte, daß er in dieser kurzen Zeit nichts mit Sicherheit sagen könne. "Wissenschaftlich" ist der "Selbstmord" schon längst "bewiesen", ja mehr noch, er war es bereits vor dem Tode der politischen Gefangenen in Stammheim. Und wer da anderes behauptet, für den hat man - auch hierzulande - die entsprechenden Paragraphen. Der bedauernswerte Staatsanwalt, der kurz nach den Ereignissen in Stammheim vom Vorhandensein jener Briefe sprach, die Gudrun Ensslin hinterlegt hatte, mußte wenig später erfahren, daß er sich "geirrt" hatte, denn "wissenschaftlich" war "bewiesen", daß es diese Briefe überhaupt nicht gibt. War er zum Opfer jenes geheimnisvollen "Wahnsinns" geworden, der in den Stammheimer Zellen sein Unwesen treibt? Wir wissen es nicht, doch unser Vertrauen in die "Wissenschaft" ist weiter unerschütterlich. Die Aussagen Irmgard Möllers? Der aufgesetzte Genickschuß Baaders, der mit teuflischer Raffinesse, sich gleich zweimal durch den Kopf schoß? Rätsel über Rätsel. Doch die "Wissenschaft" klärt uns auf, bringt Licht in dieses Dunkel des menschlichen Abgrunds. Mit ihrem "Selbstmord" - so prügelt es die "öffentliche Meinung" in unser Hirn - wollten sie bis zuletzt im "fanatischen Haß" dem "Rechts-Staat" (der heißt wirklich so) eines "auswischen". Da mußte der "Satan" Baader sich - wie einst der legendäre Seeräuber Störtebecker, der ohne Kopf noch etliche Meter hinter sich brachte - zweimal durch den Kopf schießen und zwar nicht von vorne oder von der Seite, nein, satanisch bis zuletzt richtete er den Lauf seiner 18cm langen Pistole ins Genick. Doch auch die "Wissenschaft" hat ihre Probleme. Die Pistolen. Wie kamen die in das "bestbewachte Gefängnis der Welt"? Wie auf Kommando stehen da plötzlich die Herren und Damen von "Bild", "Kurier", "Kronen-Zeitung" und "Welt" auf und rufen im Chor: "Die Terror-Anwälte warn's"! Und um diesen Akt der "Wahrheitsfindung" zu unterstützen legen die Staatswächter ein Arsenal von Gegenständen auf den Tisch, welche man nun in den Zellen fand, die man vor dem Tod der Gefangenen täglich untersucht hatte. Jetzt ist's "bewiesen". Sprengstoff, Radios, Hohlräume in die ohne weiteres eine Pistole gepaßt hätte und wenn Not am Mann sein sollte - wir sind da ganz sicher - wird "Bild" und die "Wissenschaft" "beweisen", daß Andreas Baader im Besitz einer kleinen (einer ganz kleinen) Atombombe war! Warum nicht? Satanisch genug war er ja.

Aber da gibt es noch immer Blätter, denen noch ein bißchen an der - pardon - "Wahrheitsfindung" liegt. So etwa der - natürlich - sympathisierende "Stern", der da schreibt: "Die Anwälte konnten vor der Kontaktsperre ihre Mandanten an jedem Wochentag besuchen. Sie gaben im Kontrollraum ihre Anwaltsausweise ab und erhielten dafür einen Besucherausweis mit dem Vermerk der Eingangszeit. Danach untersuchten Spezialbeamte, höfliche aber sehr bestimmte Leute, die Besucher. Die Juristen mußten die Jacke ausziehen, Hosentaschen und Aktentaschen leeren. Menschen und Gegenstände wurden mit einem elektronischen Detektor abgetastet, der piepend bei jedem Stück Metall anschlägt. Anwälte mußten die Metallreißverschlüsse an ihren Hosen öffnen , damit die Beamten mit Detektor und kräftigem Griff überall rankonnten, wo ein Mann etwas verstecken kann.

Die Advokaten mußten oft ihre Hosen runterlassen und ihre Schuhe ausziehen, die Schuhe wurden abgeklopft und gebogen. Zigaretten wurden einzeln gedrückt; Füllfedern und Kugelschreiber wurden auseinandergeschraubt, Streichholzschachteln untersucht, Geldbörsen und Notizbücher durchstöbert, die Prozeßordner ausgebeutelt und dann in anstaltseigene, schwarzbraune Aktentaschen umgeladen. Dem Baader-Verteidiger Hans-Heinz Heldmann wurde gar eine kleine Büroklammer, der Möller-Verteidigerin Jutta Bahr-Jendges eine Haarnadel abgenommen, - so streng waren in Stammheim die Bräuche.

Und nach all diesen Filz-Prozeduren begleitete mindestens ein Beamter den Anwalt zu den Besucherzellen im siebenten Stock, wo er mit dem Mandanten eingeschlossen und nur nach Auslösen eines Lichtsignals wieder herausgelassen wurde. Häftling und Anwalt wurden nach dem Gespräch nochmals abgetastet.
Auf diesem Weg also konnten vielleicht Kassiber hineingelangen, niemals aber Waffen, Batterien, Sperrholz, Gips- und Sprengstoffpäckchen, wie sie jetzt in den Stammheimer RAF-Zellen entdeckt wurden".
("Stern", Nr. 45, Seite 38)

Obwohl als "Feinde des Staates" verschrien, wollen wir doch die Gelegenheit nicht versäumen und beweisen, daß wir "öffentliche Meinung" und "Wissenschaft" unterstützen, wenn es der "Wahrheitsfindung dient". Wir lüften den Schleier um das "Stammheimer Rätsel": Andreas Baaer war kein Mensch, wie "Du und ich"! Das Böse hat ihn gesandt und ausgestattet mit furchtbaren Kräften und geheimnisvollem Wissen - nicht vergessen seien die übernatürlichen sexuellen Kräfte, die, man kann's ja ruhig einmal aussprechen so "unter Männern", Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin an ihn fesselten - sollte er die Demokratie schwächen und den Einmarsch der ... vorbereiten. Die drei Punkte stehen aus Rücksicht auf die Erklärung von Helsinki. Soll keiner sagen, wir seien schuld, wenn der 'Kalte Krieg' wieder losgeht. Und der Dämon (wir sprechen von Andreas Baader) zog alle in seinen Bann. Gute 'deutsche Mädels', die allerdings wie "Welt" im Falle Gudrun Ensslins treffend vermerkt, schon in der Schule einen "fanatischen Gerechtigkeitswahn" entwickelten; brave Scheidungsanwälte, die ihre Robe in die Ecke schmissen und zur Knarre griffen, Buben und Mädel aus "gutem Haus", die plötzlich Mütter und Väter in die Halsschlagader bissen usw. usw.

Auch wenn die "Wissenschaft" doch noch etwas skeptisch blickt, der CSU-Vertreter und der "Bild"-Redakteur wissen es längst: Dies ist Wahrheit. Und sie werden - Franz Josef machts möglich - die "öffentliche Meinung" und die "Wissenschaft" im Sinne des "demokratischen Rechts-Staates" überzeugen. Bescheiden wie wir sind, genießen auch wir das stille Glück, der "Wahrheitsfindung" gedient zu haben!

VERANSTALTUNG DER IKL:
TROTZKISMUS UND INDIVIDUELLER TERROR!
WIE GEGEN DIE REPRESSION KÄMPFEN?

Die Vorgänge und Zusammenhänge um die Entführung Schleyers und die Ermordung der politischen Gefangenen in Stammheim haben eine Entwicklung innerhalb der deutschen und österreichischen Linken ausgelöst, wie kein anderes Ereignis in den letzten Jahren. Wir wollen auf dieser Veranstaltung zu einer Reihe von Fragen Stellung nehmen:

Gehören die RAF, die "Bewegung 2.Juni" und ähnliche Gruppen zur Arbeiterbewegung?

Liefert die RAF dem Staat den Vorwand zur Repression?

Sind Marxisten für oder gegen Flugzeugentführungen? Usw. usf.

Daneben soll noch die wesentliche Frage behandelt werden,wie sich die Linke gegen die Repression des Staatsapparates zur Wehr setzen kann und soll!

FREITAG, 18.NOVEMBER, 19.30 UHR
NEUES INSTITUTSGEBÄUDE DER UNI,
HÖRSAAL 2

Am 18.10.fand in der Frankfurter Uni ein in aller Eile einberufenes Teach-In zu den Stammheimer Morden statt,mit ca.1000 Teilnehmern.Wer allerdings - über die hohe Teilnehmerzahl trotz kurzfristiger Mobilisierung erfreut - geglaubt hatte,die Linke sei nun endlich - endlich! - wach geworden,der sollte an diesem Abend geschockt werden.
Die in der Studentenbewegung am Beispiel Indochina,Kuba,Südamerika und Black Power schon tausendmal geführte Gewaltdebatte fing wieder einmal an, als wäre nichts gewesen,als ob man nie zu Ergebnissen gekommen wäre,nie Erfahrungen gemacht hätte!Lediglich in Redebeiträgen von KB und SAG wurde konkret zur Gewaltfrage Stellung genommen, die Zustimmung war gering;allerdings paßten auch die Genossen sich der vorherrschenden Stimmung an und verzichteten auf den Vorschlag zu einer Demonstration.

Stellvertretend für einen Großteil der Spontis,welche die Szene majorisierten, erklärte Cohn-Bendit,daß er nicht mehr zum Demonstrieren auf die Straße gehen könne,er wisse nicht,wofür und wogegen er an diesem Tag demonstrieren solle. Aber es sollte noch dicker kommen. In zahlreichen Redebeiträgen bekundeten die Spontis,wohin sie die von ihnen immer beschworene und natürlich nur von ihnen praktizierte "Einheit von Privatleben und Politik" gebracht hat:Sie seien psychisch total kaputt,sie hätten Angst,sie könnten nicht mehr arbeiten, nicht mehr schlafen.Es wurde berichtet, daß man Betten zusammenstellt,um durch eine gemeinsame Schlafstätte die Ängste der Nacht erträglicher zu machen. Wir wollen uns sicherlich nicht über die zunehmende Angst unter Linken lustig machen,weil wir wissen,daß sie reale Ursachen hat. Aber die Art und Weise der Sponti-Bewältigung ist nun doch ein bißchen lächerlich,wenn's politisch nicht so traurig wär. Um dem repressiven und unerträglichen Leben in dieser Gesellschaft zu entgehen,wurde immer wieder eine Alternative genannt: die kollektive Auswanderung!!

Wie kaputt, demoralisiert und ohne jede sinnvolle Perspektive viele Genossinnen und Genossen aus dem Sponti-Lager z.Zt.sind,zeigten mehrere Schlägereien(!) zwischen "Auswanderungsbefürwortern" und einer kleinen Sponti-Gruppe,welche in ihrer Wut über die Morde in Stammheim das Gewäsch nicht mehr ertragen konnte, was auch Cohn-Bendit zu spüren bekam.Dieser kämpferisch-aktionistische Teil der Spontis dürfte durch das beschämende Schauspiel dieses Teach-Ins einen Schritt näher zur Perspektive der RAF gegangen sein.

EIN SCHLECHTER SCHERZ?

Wir haben in der letzten Ausgabe der 'permanenten revolution', bezüglich des weiteren Schicksals der Österreichischen Russell-Initiative geschrieben, daß FÖJ und GRM nicht umhin kommen werden, ihre "Karten offen auf den Tisch" zu legen. Wie sich mittlerweile herausstellte, war dies eine zu positive Einschätzung der Politik der Führungen dieser Organisationen. Diese Leute agieren nicht offen, sondern treffen unter Ausschluß anderer Organisationen und Gruppen Absprachen, lavieren, diplomatieren irgendwo herum.

Folgender Brief, zu dem einiges zu sagen sein wird (nicht nur von unserer Seite), belegt dies mehr als eindeutig.

VSStö/[redacted]

[redacted]

Liebe Genossen!

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der letzten Aktionseinheitssitzungen betreffend einer Anti-Repressionsveranstaltung in Österreich, sind wir zur folgender Entscheidung gelangt und möchten Euch diese gleichzeitig als Vorschlag für das weitere gemeinsame Vorgehen hinsichtlich einer Anti-Repressionsveranstaltung als auch für die Wiederbelebung des Russell-Komitees unterbreiten.

Aufgrund der Tatsache, daß die Russell-Unterstützungsinitiative de facto nicht existiert, bzw. noch keine konkreten Schritte in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit, als auch die interne Organisierung einer solchen Initiative unternommen worden sind, halten wir eine Veranstaltung mit BRD-lern zum jetzigen Zeitpunkt für ein Vorgaukeln einer nicht gegebenen Realität unserer Aktivitäten. Daher schlagen wir vor:

1) Grundlage, um die Arbeit im Russell-Komitee wieder zu initiieren, soll die Plattform sein, die in der letzten Aktionseinheitssitzung von FÖJ, GRM und VSStö erarbeitet wurde (Plattform beiliegend).

2) ad Öffentlichkeitsarbeit: ein Teach-In jener Organisationen, die sich auf die existierende Plattform einigen können (oder eine ähnliche), um über die Art und Weise, wie in Österreich die Anti-Repressionsarbeit geschehen soll, zu diskutieren. D.h. auch über die Entwicklungen des imperialistischen BRD-Staates zu einem Staat mit sehr autoritären Tendenzen zu diskutieren, weiters über die wichtigsten Punkte dieser Entwicklung, Einschätzungen der Möglichkeiten einer Anti-Repressionsarbeit treffen, Perspektiven zu entwickeln etc.

Dieser Vorschlag deshalb, bei einem Teach-In grundsätzliche Fragen sowohl der Einschätzung der momentanen Situation als auch der perspektivischen Arbeit in Österreich zu diskutieren, da ansonsten überhaupt keine Solidaritätsarbeit gemacht werden kann. Dazu soll dann die Plattform veröffentlicht werden, wo die Hauptpunkte inhaltlicher und organisatorischer Art aufgelistet sind.

Zeitpunkt der Aktionseinheitssitzung für das Besprechen, wie das Russell-Komitee wiederzubeleben: 14.11.1977, um 18 Uhr, im Cafe Votiv.

Mit freundschaftlich-revolutionären Grüßen

Unterschrift

Ergeht an: GRM, FÖJ, SOAK, CISNU, RMF
Ergeht nicht an IKL: Begründung: Sie bestehen auf einer Veranstaltung mit dem APG, somit einer eindeutigen Ausrichtung der Veranstaltung auf die RAF-Problematik.

Soweit der Brief.
Dazu ist vorerst folgendes zu sagen.
1. Der VSStö war auf der in dem Brief genannten Aktionseinheitssitzung nicht einmal anwesend. Dh. irgendwer hat ihm offenbar den Brief diktiert. Der VSStö nahm auch zu keinem Zeitpunkt an der Österreichischen Russell-Initiative teil.

2. Die Organisationen, die in den letzten Monaten keinerlei Schritte unternahmen, um die Russell-Initiative weiterzubringen - FÖJ, GRM - machen sich nun, mit dem famosen VSStö, "Sorgen" über die "Wiederbelebung" der Unterstützungs-Initiative. Die beiden bestehenden Arbeitsgruppen 'Repression in Betrieb und Gewerkschaft' und die 'Arbeitsgruppe Politische Gefangene' werden nicht einmal dazu eingeladen. Sie bekommen von GRM/FÖJ/VSStö das Recht abgesprochen, an der neuen "Plattform" mitzuarbeiten.

3. Man kann in diesem Fall nicht von einer Spaltung der Österreichischen Russell-Initiative sprechen, da diese Gruppen keinerlei konkrete Schritte für die Initiative gesetzt haben. Einzig unsere Organisation und die APG haben mit der konkreten, praktischen Arbeit begonnen. Klar ist, daß niemand von GRM/FÖJ/VSStö das Recht hat, im Namen irgendwelcher "Sekretäre" zu sprechen.

4. Der letzte Satz des Briefes spricht eine eindeutige Sprache. FÖJ/GRM und als "Vorreiter" der VSStö sprechen bezüglich unserer Organisation einen "Unvereinbarkeitsbeschluß" aus. Dies wird noch dazu mit Lügen und Verleumdungen zu untermauern versucht. Wer auch nur die "RAF-Problematik" erwähnt wird "ausgeschlossen"! Genossen, mit diesem Brief und mit diesem Vorgehen habt ihr bewiesen, daß ihr euch auf der "Drecksau-Ebene" nicht gerade schlecht fühlt.

5. Wir werden in der nächsten Ausgabe der 'permanenten revolution' zu der "Plattform" von FÖJ/GRM/VSStö Stellung nehmen. Hier allerdings muß die Unterstellung (die auch von der GRM in ihrem Artikel über unsere Organisation, nach dem Motto: Verleumden, Verleumden, es bleibt immer etwas hängen, betrieben wurde) entschiedenst zurückgewiesen werden, daß wir die "RAF-Problematik" allein in den Mittelpunkt der Anti-Repressionsarbeit stellen würden. Die Genossen, die dies behaupten, "vergessen" bei all ihren Verleumdungen bloß, daß wir die Arbeitsgruppe 'Repression in Betrieb und Gewerkschaft' initiiert haben! Wir haben außerdem immer schriftlich und mündlich betont, daß wir jeden Aspekt der Repression behandeln wollen, also auch die 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' und die politischen Gefangenen

Bezüglich der Anti-Repressionsveranstaltung traten wir dafür ein, keinerlei Beschränkungen politischer Art zu machen. D.h. für uns, daß auch ein Anwalt der Gefangenen sprechen hätte sollen, sowie ein Vertreter des KB (natürlich auch Cobler vom 'Sozialistischen Büro'). Der VSStö sollte sich zuerst informieren, bevor er Verleumdungen in die Welt setzt, bzw. diese Verleumdungen übernimmt. Doch für die Leute, die diesen Brief geschrieben haben, geht es heute ja genau darum, ihre Distanzierung von der RAF zu untermauern. Sie tun heute de facto nichts anderes, als die Repression, die gegen die gesamte Linke von Seiten der Bourgeoisie ausgeübt wird, innerhalb dieser Linken fortzusetzen. Da werden Gerüchte ausgestreut, dumme Anspielungen gemacht und da wird munter diffamiert und verleumdet. Hier kann man den KB zustimmend zitieren: "Wir haben den Grad der Verkommenheit unterschätzt, den der Rechts-Trotzkismus heute bereits erreicht hat".

ERSTE KONSEQUENZEN

Auf einer Sitzung, an der neben unserer Organisation die APG, sowie die RMF teilnahmen, wurde beschlossen, daß die drei Gruppen nun die Russell-Initiative weiterführen werden. Wir werden in der nächsten 'permanenten revolution' ausführlich darüber berichten, sowie eine Erklärung der drei Gruppen veröffentlichen. Beschlossen wurde ferner, gemäß dem von der Russell-Notkonferenz am 5./6. November in Frankfurt getroffenen Beschluß am 1o. Dezember einen internationalen Aktionstag durchzuführen, auch in Wien eine Aktion zu setzen. Zu diesem Zweck und als Vorbereitung wird vermutlich am 9. Dezember eine Veranstaltung mit einem Anwalt der Politischen Gefangenen, sowie einem Vertreter des KB durchgeführt. Der Aktionstag soll die Forderung nach Freilassung Irmgard Möllers, die in ständiger unmittelbarer Lebensgefahr schwebt, zum Mittelpunkt haben.

Zur Entwicklung in Portugal

'Die gemäßigte Rechte zieht jetzt - was es bisher nie gegeben hat - vereint gegen Soares zu Feld. Dieser Schritt ist eine Realität ...,aber eine Realität sind auch die Wirtschaftskrise und die Notwendigkeit unpopulärer Maßnahmen. Man erwartet eine neue Abwertung des Escudo um 10 bis 15 Prozent, 14 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos... Die Kritik der Kommunisten an der Regierung findet wachsende Zustimmung... Die Position von Soares ist daher schwach. Die Wirtschaft in Ordnung zu bringen und trotzdem die sozialen Errungenschaften der Revolution zu bewahren,ist eine unmögliche Aufgabe. Soares wird in die Zange genommen von einer Linken, die ihm die Zustimmung der großen Massen der Arbeiter entzieht, und von einer Rechten, ohne die keine Investitions- und Produktionssteigerung möglich ist... Die Explosion der sozialen Spannungen wird ihn zu klaren Entscheidungen zwingen."

Dieser Situationsbericht,entnommen der 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' Nr.129 und dem Artikel 'Soares in der Zange', zeigt klar in zusammengedrängter Form die widersprüchliche Lage, in der sich Portugal und die Minderheitsregierung um Soares befindet. Mario Soares,der behauptet,daß sich die portugiesische Situation völlig normalisiert hat und die Autorität des Staates gestärkt ist, wird konfrontiert mit einer Wirklichkeit, die von seinen Ausführungen sehr weit entfernt liegt. Soares befindet sich vielmehr tatsächlich in einer Zange, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Situation Portugals und die wirkliche Widersprüchlichkeit der Sozialistischen Partei,die darin besteht,daß sie für die Bourgeoisie nur dann von Nutzen ist,wenn sie die Arbeiterklasse <u>in organisierter</u> Form kontrolliert, sich aber das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiterklasse nur bewahren kann,wenn sie empfindlich auf deren Bewegungen reagiert - wohl gemerkt, um sie fehlzulenken.Versuchen wir nun zu untersuchen,warum die Sozialistische Partei immer mehr an Nutzen für die Bourgeoisie verliert, und warum die Arbeiterklasse sich zusehends von der Sozialistischen Partei abwendet.

Als die politische Polize. der Bourgeoisie, die PS,die Minderheitsregierung gestellt hatte,gab es auch schon keinen Zweifel mehr über den bürgerlichen Charakter dieser Regierung und des Regierungsprogrammes, schrieb sie doch auf ihr Banner,die Errungenschaften der vergangenen Monate zu bekämpfen und die wirtschaftliche Offensive gegen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft zu eröffnen.

Soares gab als Plan bekannt den Kampf um Lohnstop,finanzielle Sanierung des verstaatlichten Sektors,Steigerung der Arbeitsproduktivität,Wiederbelebung des Privatsektors und Regelung der Agrarreform.Neben den genuinen Organen der Doppelherrschaft,den Arbeiterkommissionen,die im Verlaufe der portugiesischen Revolution entstanden sind,und damit verbunden die Arbeiterkontrolle,waren die Errungenschaften,erkämpft durch das Landproletariat und den armen Kleinbauern, die "illegalen" Landbesetzungen und die erzwungene Legalisierung derselben, am tiefsten in den Körper der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eingedrungen. Hier zeigte sich in Ansätzen eine glaubhafte Alternative für alle Ausgebeuteten - hier zeigte sich <u>i h r e</u> Macht. Wollte man den portugiesischen Kapitalismus sanieren,so waren nicht nur Kredite aus dem Ausland notwendig, nein,man mußte vorerst alle Hindernisse für eine Sanierung beseitigen - man mußte <u>ihre,unsre</u> Macht beseitigen. Nichts anderes war und ist Soares' Aufgabe. Er,der die Mehrheit der Arbeiterklasse wegen des Fehlens einer wahrhaft kommunistischen Partei so leicht vor den Karren seiner Politik spannen konnte,schien als der Garant für einen möglichst schmerzlosen,ruhigen Verlauf dieser Offensive des Kapitals.Er sollte das Proletariat mit leeren Versprechungen betäuben,vertrösten auf "morgen", um zugleich ihm den Sessel,auf dem es sitzt, wegzuziehen.Nur er war dazu in der Lage, daher auch die Bedeutung,die er für die internationale Bourgeoisie besaß.Und die Minderheitsregierung um Soares machte sich dementsprechend auch ans Werk.Sie begann ihren Angriff gegen die Arbeiter und Bauern mit der Agrarreform.

Am 2.August,der Tag der Bekanntgabe des Regierungsprogrammes,umriß Soares auch die Maßnahmen im Zusammenhang mit seiner Agrarpolitik,die da sind:

Alles Land unter 50.000 Einheiten zurück an die Besitzer,
Enteignungen werden entschädigt,
Die kollektiven Produktionseinheiten sollen in die bürgerliche Gesellschaftsordnung rechtlich eingegliedert werden
und
Vorverkaufsrecht der Großgrundbesitzer über einen Teil der entschädigten Güter.

Im Verlauf der portugiesischen Revolution sind ungefähr 1.100.000 ha Land besetzt worden.Zentrum der revolutionären Landarbeiter und Bauernbewegung,die organisatorisch soweit gereift war,daß sie sich in gewerkschaftlichen Kommissionen bzw. in Landarbeiterkommissionen zusammenfaßte,war der Süden,der eine hohe Konzentration an Landbesitz erreicht hatte,also die Proletarisierung und eine rationelle kapitalistische Struktur schon bedeutend um sich gegriffen hat. Im Gegensatz dazu herrscht im Norden die Parzellierung.Der Kleinbesitz und der Mittelbesitz dominieren die Agrarstruktur.Die Unterschiede in der Eigentumsstruktur schlagen sich natürlich, durch das jeweilige soziale Sein, politisch nieder. So wie der Süden Bastion der Revolution war,so entwickelte sich der Norder immer mehr zum Herd der Konterrevolution.Auf diese sozialen und politischen Unterschiede bauend,sich an die Rechten lehnend,verlangte nun die Soares- Minderheitsregierung,daß von den 1.100.000 ha besetzten Land, gemäß der ersten Maßnahme seiner Agrarpolitik, 16.800 geräumt werden, obwohl ja nach einem Gesetze der IV.Provisorischen Regierung 1.800.000 ha Land enteignet werden können. Es stellt dies wohlgemerkt nur einen ersten Versuch dar,gegen die Errungenschaften des Landproletariats und der armen Bauern vorzugehen, ein Abtasten der Kampffront. Als dann die Regierung tatsächlich einige "illegal" enteigneten kleinere landwirtschaftliche Besitzungen an ihre "Eigentümer" zurückgegeben hatte,konnte sie die Kampffronten unmittelbar verspüren.Etwa hunderttausend demonstrierten in Lissabon gegen den Stop der Enteignung von landwirtschaftlichen Großgütern.Die werktätigen Massen begannen instinktiv die Abwehrreihen zu schließen.Aber es geschieht entweder spontan oder mittels der reformistischen Partei Cunhals.Alles was die portugiesische Bourgeoisie in letzter Zeit so auszeichnet,ihre Entschlossenheit und ihre Klarheit,alles dies muß sich die Arbeiterklasse im Kampfe erst erarbeiten.Sie muß ihrem Gehirn, welches die Erfahrungen akkumuliert und verarbeitet, um daraus die nächsten Kampfschritte abzuleiten,einen organisatorischen und politischen Ausdruck geben.Sie muß sich eine revolutionäre kommunistische Partei schaffen,die fähig ist,die Einheitsfront zu schmieden.

Diese Notwendigkeit zeigt sich auch darin, daß das Landproletariat und die armen Bauern bereits einer einheitlichen Front der enteigneten Grundbesitzer und Klein- und Mittelbauern gegenüberstehen,die natürlich auch vom Finanzkapital unterstützt wird. (So haben laut Inprekorr Nr.67 seit den 60.Jahren die CUF,die Gruppe Espirito Santo, Borges e Irmão usw. ihre Investitionen im landwirtschaftlichen Sektor verstärkt.) Diese sogenannte Konföderation der Landwirte Portugals (CAP) konzentriert ihre Angriffe vor allem gegen die "wilden" Enteignungen und geht bis zur Organisierung von Wirtschaftsabotage,z.B.:Brandstiftung, Viehverkauf usw. Die CAP ist ein Stoßkeil der Reaktion gegen die Arbeiterklasse und die ausgebeutete Bauernschaft und bedroht auch den für sie zaghaften und zaudernden "Mittelsmann der portugiesischen Gesellschaft", die PS, die angeblich, laut eigenen Aussagen, dem Druck von rechts nachgibt, um überraschenderweise die Rechten zu schwächen. So behauptete der ehemalige Landwirtschaftsminister Cardoso zu den "Räumungen" der Ländereien: "Auf diese Weise wird die Rechte geschwächt,da jetzt das Gesetz angewandt wird und Ungerechtigkeiten, die ihr zuvor mächtige Argumente an die Hand gegeben haben, jetzt beseitigt werden."

Weiterer Schwerpunkt der Regierungspolitik der Soares' ist ein Angriff auf die bereits ohnehin an Einfluß verlierenden Arbeiterkommissionen.Sie stellen aber trotzdem, da sie die Unabhängigkeit der Klasse repräsentieren, einen Dorn für den nach einem Sozialpakt schielenden Soares dar.

Indem die Arbeiterkontrolle in eine Form der "Mitbestimmung" umgewandelt werden soll, sollen gleichzeitig die Arbeiterkommissionen eine wirtschaftstragende Rolle erfüllen. Weiterer Versuch, die Kampfkraft der Arbeiterklasse vor der Auseinandersetzung entscheidend zu lähmen, ist das Bemühen Soares',mit den Führern der Allgemeinen Konföderation der Portugiesischen Arbeiter, der CGTP-Intersindical, einen Sozialpakt auszuhandeln.Doch ist diesbezüglich durch den Abbruch der Beziehungen zur CGTP seitens Soares' und der Drohung, eine eigene linientreue Gewerkschaft zu schaffen, eine neue Situation entstanden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Soares unbedingt einen Sozialpakt braucht, um seine Politik mit den alten Mitteln durchsetzen zu können.

Die Sozialistische Partei hat die Offensive gegen die Arbeiter und armen Bauern eröffnet; sie droht jedoch nun selbst, Ziel der Reaktion zu werden.Sie verliert zusehends an Einfluß unter dem Stadt- und Landproletariat, und sie verliert dadurch an Bedeutung für die Bourgeoisie. Die PSD (ehemalige PPD) verlangt nach einer anderen Regierung. Der Staatspräsident solle doch eingreifen. Sie bildete Mitte dieses Jahres mit der CSD eine bürgerliche Front, die sich zum Ziel setzt: "Von dem Moment an, wo die Fähigkeit der sozialistischen Minderheitsregierung zur politischen Aktion nachläßt, muß in diesem Rahmen das Problem einer Alternative aufgeworfen werden." Neuwahlen sind im Gespräch und Soares faßt eine Regierungsumbildung ins Auge. Doch nicht nur die portugiesische Bourgeoisie hat einen Angriff gegen die Regierung gestartet,sondern auch international wächst das Mißtrauen gegenüber Soares. Die Kredite,welche das Handelsbilanzdefizit der Regierung bereinigen sollen, sind sehr unsicher geworden. Man verlangt nach einer Zurückdrängung der Arbeiterklasse, die erst den Wiederaufschwung der portugiesischen Wirtschaft garantiert. Die Maßnahmen der Regierung sind zwar auf diese Zurückdrängung ausgerichtet, jedoch ist die Sozialistische Partei selbst zu einem unsicheren Faktor in diesem Konzept geworden.Sie ist nicht mehr fähig, die Arbeitermassen in ausreichender Form zu kontrollieren, die Arbeiter entgleiten ihrem Einfluß,sie gehen auf die Straße, um gegen die Regierungspolitik zu kämpfen. Innerhalb der Partei gibt es ebenfalls für Soares etliche Schwierigkeiten,die er versucht, mit Ausschlüssen zu bekämpfen.Wenn von "trotzkistischer Infiltration" geredet wird, weiß man, was das zu bedeuten hat. Man tritt bereits offen gegen die Regierungspolitik in den Reihen der Sozialistischen Partei auf, und innerhalb der Parlamentsfraktion soll es ebenfalls schon zu Rissen gekommen sein. Die "verfluchte" Widersprüchlichkeit tritt zu Tage: der Wille,der Bourgeoisie Dienste zu erweisen, dies aber nur zu können, wenn man sich in besonderer Form auf die Arbeiterklasse stützt. Nun, die beginnenden Arbeiterkämpfe, die identisch sind mit einer Absage an die Regierungspolitik, haben auch innerhalb der PS ihren Niederschlag gefunden.Die Gewerkschaftswahlen zeigen deutlich den immer mehr schwindenden Einfluß; die PS verliert an Macht.Verzweifelte Ausritte sollen die Arbeiterbasis wieder enger an die Partei drücken.Man scheut auch nicht vor einer Vertiefung der bereits vorhandenen Spaltung der portugiesischen Arbeiterbewegung zurück. An die Bildung einer eigenen Gewerkschaft, einer "Föderation der demokratischen Gewerkschaften" soll laut SP-Arbeitsminister Maldona do Gonelha herangegangen werden. Die Kontakte zur CGTP-Intersindical, die praktisch 85% der organisierten Arbeiter repräsentiert, sind bereits, anläßlich einer Protestdemonstration gegen die Regierungspolitik, stillgelegt worden.

Die SP ist nahe daran einstweilen als Alleinregierung ausgedient zu haben, doch sollte man nie vergessen, daß "der äußerste Gebrauch des bürgerlichen Repressionsapparates und die blutigen Methoden der Konterrevolution von Anfang an zum Begriff der Sozialdemokratie gehören." Angesichts der Schwäche der Sozialistischen Partei und der erstarkten portugiesischen Bourgeoisie ist es aber wahrscheinlich, daß der weitere Angriff gegen die Errungenschaften der Arbeiter und Bauernmassen von einer bürgerlichen Front geführt wird, daß sich der Kampf Klasse gegen Klasse in seiner ganzen Bedeutung und Schärfe zeigen wird. Doch wie ist das Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse? Wird die Arbeiterklasse fähig sein eine Einheitsfront des Kampfes zu schmieden?

Die portugiesische Arbeiterklasse hat in ihrer ganzen Geschichte zu keiner Zeit eine nationale Massenorganisation ihr eigen nennen können.
In Portugal existierten vorerst nach dem 25.April mehrere Gewerkschaften nebeneinander. 1976 betrug ihre Zahl dann schließlich sogar 307. Von diesen 307 Gewerkschaften hatten sich 190 zur Intersindical zusammengeschlossen, und repräsentierten 1,500.000 Lohnarbeiter, während die anderen 177 ungefähr 500.000 Arbeiter vertraten. Die Gewerkschaften, zusammengeschlossen in der "Inter", wurden praktisch alle von KP-Mitgliedern geführt, die anderen waren jedoch unter SP-Führung. Die Extreme Linke konnte kaum Positionen in den Gewerkschaften vorweisen, da sie sich ausschließlich auf die Arbeiterkommissionen konzentriert hatte. Wir sehen also, daß die Spaltung in den Gewerkschaften der politischen Spaltung der Arbeiterbewegung entsprach.

Doch die portugiesische Arbeiterklasse drängte elementar zur Einheit hin. Und auf diesen Druck von Seiten der Arbeiter reagierte ein Teil der SP-Gewerkschaftsführung und es sandten Vertreter von 29 Gewerkschaftsführungen einen "Offenen Brief an das Sekretariat der Intersindical und die Portugiesischen Arbeiter". In diesem offenen Brief wird die Einberufung eines "genuinen Gewerkschaftskongresses, der alle portugiesischen Arbeiter repräsentiert", verlangt. Es wurden Kontakte zwischen den KP- und SP-Gewerkschaften aufgenommen und es wurden gemeinsame Aktivitäten gesetzt. Wie die Stimmung innerhalb der portugiesischen Arbeiterklasse war, zeigt deutlich ein Kommunique der Bankarbeitergewerkschaft (SP beherrscht), in dem "eine einzige, demokratische und unabhängige Gewerkschaftsföderation, in der das Tendenzrecht garantiert ist" verlangt wird. Unmittelbares Ziel soll es sein, "einen All-Gewerkschaftskongreß einzuberufen" und "eine nationale Organisationskommission zu errichten, in der alle existierenden Meinungsströmungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vertreten sind". Dieses Bekenntnis eines Teils der SP-Gewerkschaftsführung hatte in der Praxis nicht viel zu bedeuten. Es wurde viel geredet, viel diskutiert, es wurde gezögert und es wurde 'abgewimmelt'. Das alles machte es den Stalinisten der KP nur leichter gegen die drohenden Inhalte des offenen Briefes zu hetzen und zu behaupten, daß die "Arbeiter dies nicht verstehen würden". Und die Extreme Linke hängte sich an die KP an und ging nicht von den Bedürfnissen und Regungen der Arbeiterklasse aus. Sicher, der offene Brief stellte einen Versuch der SP dar die schwindende Unterstützung der Arbeiterklasse wieder zurück zu gewinnen, war aber gleichzeitig der Ausdruck einer tatsächlichen Bewegung innerhalb der Werktätigen. Statt unerbittlich die Schläge sowohl auf SP und KP zu richten und den Kampf aufzunehmen für eine Einheitsgewerkschaft und die Prinzipien der Arbeiterdemokratie - den offenen Brief als Waffe gegen die Reformisten zu benützen - trat sie in die Fußstapfen der Stalinisten.

So konnte im Januar ein Gewerkschaftskongreß der CGTP-Intersindical 265 Gewerkschaften vereinigen. Dies bedeutet über 1,800.000 Millionen Arbeiter oder 85% der organisierten Arbeiter. Was das zur Folge hat ist klar. Die überwältigende Mehrheit der portugiesischen Arbeiter ist in der CGTP-Intersindical organisiert. Dies ist ohne Zweifel ein gewaltiger Fortschritt und ein Ansporn zum kämpfen. Aber ein Organisationsfetisch wäre hier vollkommen fehl am Platze, muß man doch immer klar vor Augen haben, daß 85% der portugiesischen Arbeiter unter der Kontrolle der KP sind, daß sie sich in einer Gewerkschaft befinden, in der es kein Tendenzrecht gibt, daß sie unter bürokratischer Kontrolle sind.

Die Arbeiter haben sich abgewandt vom SP-Reformismus, sie haben der SP-Regierung zurecht einen Schlag nach dem anderen versetzt und sind dabei in die Klauen der KP-Reformisten geraten, die um kein Jota besser sind. Die Stalinisten hatten selbst schon durch die Pato Kandidatur ihren Einfluß auf die Arbeiter geschwächt. Aber Cunhal hatte damals gesagt: "Wir werden sie alle zurückbekommen, mit Zinsen." Und er hatte richtig gerechnet. Die SP diskreditiert sich von Tag zu Tag mehr. Die Arbeiterklasse war und ist bereit zu kämpfen. Das alleine zeigen die Streiks in der Metallindustrie, der Fischereiarbeiter, Textilarbeiter, Bauarbeiter usw. Sie sind nicht gewillt die Positionen kampflos zu räumen. Doch man kämpft nicht im leeren Raume, sondern mit politischen Inhalten und organisatorischen Strukturen. Und hier hatte klar die KP das Übergewicht gegenüber der opportunistischen Linken. Die politischen Inhalte war diese Linke bereit aufzugeben um sich an die Stalinisten anzubiedern, und organisatorisch hatte die KP ohnehin das Heft in der Hand. Es war eine logische Folge, daß die Mehrheit der Arbeiter ihr Gesicht der KP zuwandte. Doch muß man sich bereits jetzt darauf vorbereiten, daß die KP für die Arbeiter in der jetzigen Situation keine "Alternative" auf längere Zeit hin sein kann, ist doch ihr Ziel nicht für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu kämpfen, sondern diese aufzugreifen um sie besser verraten zu können. Wie anders ist es zu verstehen, wenn die KP behauptet, "daß die Einschränkung des Gesamtkonsums Gegenstand einer nationalen und patriotischen Kampagne sein muß", und "der Sozialpakt ein festes Abkommen oder ein Kompromiß sein muß, in den weitgehende Garantien der sozialen und politischen Kräfte untereinander eingebaut sind und der eine nationale Sparpolitik zum Ziel hat". Die KP will die Arbeiterklasse vor denselben Karren spannen wie die SP.

In Portugal stellt sich heute als dringenste Aufgabe den Abwehrkampf des Proletariats und der ausgebeuteten Bauernschaft sowohl gegen die SP-Regierungspolitik als auch gegen die zunehmenden Angriffe der Rechten zu organisieren. Hier gilt es aber nicht sich opportunistisch einer der Hauptströmungen der Arbeiterklasse anzuhängen, sondern immer nach den Prinzipien des Bolschewismus vorzugehen, das heißt, vor allem Kampf um die Unabhängigkeit der Klasse und um die Hegemonie des Proletariats. Man muß die Agitation für die proletarische Einheitsfront aufnehmen und dabei an der wachsenden Kampfbereitschaft und dem Verlangen nach Einheit anknüpfen. Diese Einheitsfront muß die unerbittliche Gegnerschaft zur Regierungspolitik und trotzdem das Bekenntnis die SP als Teil der Arbeiterbewegung gegen einen etwaigen Frontalangriff

des bürgerlichen Blocks zu verteidigen zu ihren Errungenschaften machen. Sie muß das Stadt- und Landproletariat und auch die armen Bauern unter dem Banner der Verteidigung des Erkämpften sammeln. Hierbei ist es notwendig zu bemerken, daß die Einheitsfront nicht nur Abkommen der Führungsspitzen sind, sondern vor allem Kampf der proletarischen Massen, daß diese ihre eigenen Organe schaffen müssen und hier konkret an den Arbeiterkommissionen anknüpfen können, diese ausweiten und zentralisieren müssen. Nur durch das strikte Durchziehen dieser Methode der Einheitsfront hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit den Angriffen der vereinten Ausbeuterklasse erfolgreich gegenüberzutreten und aus dieser Abwehrschlacht heraus die Offensive, den Kampf um i h r e Macht zu eröffnen.

DIE LETZTE ENTWICKLUNG IN PORTUGAL

Unsere Einschätzung der Situation in Portugal und die Skizze, die wir von der Sozialistischen Partei Portugals gezeichnet haben, scheint durch die neueste Entwicklung der PS bestätigt zu werden. Nachdem nämlich vorerst 31 Parteimitglieder aufgefordert worden waren aus der Partei auszuscheiden, da sie gegen den Kurs der Soares-Regierung opponierten, trat nun entgültig die Parteilinke, die sich um die kulturelle Vereinigung "Arbeiterbruderschaft" (Fraternidade), die als Plattform der Linken innerhalb der Partei fungierte, zusammengeschlossen hatte, aus der Partei aus. Auf der letzten Konferenz der "Arbeiterbruderschaft" beschlossen sie diesen Schritt und gaben als Ziel die Schaffung eines "Nationalen Kongresses der sozialistischen demokratischen Linken" an. Hauptfigur der Ausgetretenen ist der ehemalige Landwirtschaftsminister Lopes Caldoso, der der Partei vorwirft, daß sie "ihr Parteiprogramm für ein Linsengericht verkauft" und nur noch "eine Geisel der Rechten" ist. Ausgangspunkt der scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der SP, die bereits vor ungefähr einem Jahr begonnen hatten, war die Agrarfrage. Lopes Caldoso schied auch deshalb aus seinem Amt als Landwirtschaftsminister, da er innerhalb der Partei die Rückgabe der besetzten Ländereien an die Großgrundbesitzer als einen Verrat an den sozialistischen Idealen bekämpfte. Neben Lopes Caldoso sind weitere 19 Mitglieder der SP-Nationalkommission und ungefähr 300 Gewerkschafts-, Kommunal- und Parteifunktionäre ausgetreten, nachdem bereits vorher mehrere der Parteilinken ausgeschlossen worden waren ("Wir können nicht die Existenz einer Partei innerhalb der Partei dulden", so das Vorstandsmitglied Manuel Alegro) und die 19 linken ZK-Mitglieder erklärten: "Man darf nicht länger stumm bleiben, wenn das Schweigen als Einverständnis mit dem Kurs einer Führung ausgelegt werden kann, die Tag für Tag ein Programm verrät, das einzuhalten wir uns alle verpflichtet haben".

Weiters geht aus den neuesten Meldungen hervor, daß Mario Soares nun entschieden versucht den Weg des Adolfo Suarez zu gehen und seine Anstrengungen darauf richtet alle Parteien zum Zwecke der "Rettung der Demokratie und der Wirtschaft zusammenzuschließen, obwohl er sich gegen eine Koalition zur Wehr setzt. ("Keine andere Partei wird mit uns auf unsere Kosten regieren"). Doch ist die Wahrscheinlichkeit der Realisierung solch eines eines Projektes eher gering.



BERICHT AUS DER ARBEITSGRUPPE 'REPRESSION IN BETRIEB UND GEWERKSCHAFT'

Eine Reihe von unorganisierten Genossen und Mitglieder der IKL haben sich zur Arbeitsgruppe 'Repression in Betrieb und Gewerkschaft' zusammengeschlossen und bisher zwei Treffen organisiert. Naturgemäß stand dabei die Diskussion über den grundsätzlichen Charakter des Komitees und seine Aufgaben im Vordergrund. Als vorläufige Arbeitsgrundlage wurde der Aufruf der IKL genommen. Dies deshalb, weil darin alle wesentlichen Punkte genannt werden: Es wird klar der Bezug zum Russell-Komitee hergestellt und die Notwendigkeit der Durchführung eines solchen Tribunals herausgestrichen. Die Arbeitsweise wird als die eines demokratischen Komitees bestimmt (jeder Mitarbeitende eine Stimme, Minderheitspositionen können nach außen getragen werden). Als Aufgabe der Arbeitsgruppe wird nicht nur das Sammeln von Material angegeben, sondern die Aufgabe besteht nicht zuletzt darin, gegen Fälle von Repression konkrete Kampfschritte einzuleiten.

Über die ersten praktischen Schritte gab es anfänglich gewisse Differenzen. Einige Genossen schoben das Schwergewicht auf das Aufgreifen konkreter Fälle in Österreich. Demgegenüber wurde betont, daß es notwendig sei einen deutlichen Bezug zur Situation in der BRD herzustellen. Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB muß auch in Österreich aufgetreten werden. Schließlich kam man zu dem Ergebnis, wonach beide Arbeitsbereiche zur Grundlage der Arbeitsgruppe gehören!

Die ersten Referate und Arbeitsaufträge wurden vergeben. So diskutierte man zum Fall HeinzBrandt - langjähriges DGB-Mitglied, der gegen die Pro-AKW-Politik der Gewerkschaftsführung aufgetreten ist und deshalb ausgeschlossen werden sollte. Behandelt wurden auch die 'Unvereinbarkeitsbeschlüsse' des DGB, die der Gewerkschaftsführung das Mittel in die Hand geben, linke Mitglieder auszuschließen, was in den meisten Fällen auch die Entlassung aus dem Betrieb zur Folge hat. In der Diskussion wurde vor allem die Rolle der DKP behandelt, die diese Beschlüsse mitträgt und vor allem Mitglieder der sogenannten 'K-Gruppen' denunziert. Für die nächsten Treffen stehen die GEW-Spaltung in Berlin und konkrete Repressionsfälle in Österreich auf der Tagesordnung, außerdem sollen die Möglichkeiten besprochen werden, die Arbeitsgruppe auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Für die nächste Zukunft wurden zwei Aufgabenbereiche festgehalten. Einmal sollen verstärkte Versuche unternommen werden, andere Organisationen und unorganisierte Genossinnen und Genossen in die Arbeit mit einzubeziehen. Dabei soll nicht nur die extreme Linke angesprochen werden, sondern auch Kontakt mit Gewerkschafts- und SJ-Gruppen gesucht werden. Zum Zweiten ist es notwendig so rasch als möglich das erste Bulletin der Arbeitsgruppe herauszugeben, in dem die bis jetzt stattgefundene Diskussion ihren Niederschlag finden soll und das bisher gesammelte Material veröffentlicht werden soll.

DIE ARBEITSGRUPPE 'REPRESSION IN BETRIEB UND GEWERKSCHAFT' TRIFFT SICH AM 21.11. UND AM 5. 12. UM 19 UHR, IM KAFFEE VOTIV (KLEINES HINTERZIMMER).

Ein ›Krimineller‹ meldet sich zu Wort

Rolf Pohle vor dem griechischen Areopag

Wir leben im 3.Weltkrieg.Es ist der Krieg des US-Imperialismus gegen die Menschheit. Es ist der Krieg einer kleinen radikalen Minderheit und ihrer Söldner gegen die Völker der Welt. Es ist der Krieg einer sich zunehmend internationalisierenden Weltbourgeoisie - der Kennedy-Onassis oder wie sie alle heißen - gegen die Weltarbeiterklasse, das Weltproletariat. Ziel des Imperialismus ist die Beherrschung der Welt, um weiter auf Kosten der übrigen Menschheit leben zu können. .....

Der Imperialismus hat den totalen Krieg erklärt. Alles, was der Erhaltung seiner Herrschaft dient, ist erlaubt. Wo Menschen oder Völker sich nicht unterdrücken lassen, werden sie vernichtet. Indianer und Atzteken, die Völker Indochinas, die Araber im Libanon; Ulrike Meinhof, Wilfried Böse, Alexander Panagoulis. Wo er seine Herrschaft gefährdet sieht,unterscheidet er nicht mehr zwischen Kämpfern und Wehrlosen, zwischen Männern,Frauen und Kindern, Alten und Jungen, Freunden und Feinden. .....

Westdeutschland steht an vorderster Front,wenn es gilt,dieses imperialistische System zu erhalten. Westdeutschland hat nicht nur mit jährlichen Milliardenzahlungen an die USA deren Ausrottungskrieg in Indochina mitfinanziert (Deckname war: Devisenausgleich). Westdeutschland war auch ein militärisch-technologisches Hinterland für diesen Krieg; hier standen z.B. die Computer,die die Bombenzerstörung Indochinas ausrechneten.Mit über 30 Milliarden Mark finanzierte Westdeutschland seit 1948 die Zionisten im besetzten Palästina. Neben anderem schenkte es den Zionisten eine ganze Waffenfabrik (Artur Werner - Berlin). Von Milliardendepots in Westdeutschland bezogen die Zionisten im Oktoberkrieg 1973 ihren Nachschub. .....

'Rationalisierung der Arbeit'. Das heißt ungeheure Beschleunigung des Arbeitstempos,Verschärfung der Akkordhetze. In der gleichen Arbeitszeit müssen die Arbeiter teilweise das 10-fache von dem produzieren wie vor zehn Jahren. Folge:über 3.000 Menschen sterben jähr-

lich direkt am Arbeitsplatz (Sprachregelung:Arbeitsunfälle),250.000 werden verletzt. 250.000 werden Frührentner, d.h.sie sind teilweise schon nach wenigen Jahren für ihr ganzes Leben arbeitsunfähig gemacht worden. Durchschnittlich 1 Million Arbeitslose sollen dafür sorgen,daß die westdeutschen Arbeiter mitmachen.Und außerdem werden die westdeutschen ('Fach-')Arbeiter bzw.Aufpasser in den Betrieben mit höheren Löhnen und anderen Privilegien gegenüber den 3 Millionen ausländischen Zwangsarbeitern (offiziell genannt: 'Gastarbeiter') bei der imperialistischen Stange gehalten.

Die Zwangsarbeiter selber- anders als z.B. die Zwangsarbeiter des rassistischen Südafrika - dürfen seit Ende 74 nicht einmal mehr ihre Familien in ihre Ghettos in Westdeutschland nachholen. Die Arbeit, die der einzelne machen muß,wird so zerlegt,daß der einzelne sowieso nicht weiß,wofür er überhaupt produziert;die Folge: 20 Millionen psychisch Kranke in Westdeutschland,davon 6 Millionen direkt behandlungsbedürftig. Jedes Jahr 15.000 'Selbst'-morde,nicht gerechnet diejenigen von den 16.000 Verkehrstoten und 250.000 Verletzten pro Jahr,die auf diese Weise mit ihrem Leben Schluß machen (wollen).

Eindrücke von der Beerdigung

Noch am Mittwochabend haben wir uns redlich Mühe gegeben,den Aufruf zur Beteiligung an der Beerdigung der ermordeteten RAF-Genossen unter die Leute zu bringen. Da die Zeit knapp war und eine Mobilisierung nur innerhalb der Linken sinnvoll war,brachten wir die Aufrufe (rückseitig mit einem mobilisierenden Text des Spartacusbundes bedruckt) in "linke" Kneipen Frankfurts.Dabei hatten wir uns mit den anderen Unterzeithnern (RMF,Russellinitiative Frankfurt) abgesprochen.
Am Donnerstagmorgen verließen wir schon bei Heilbronn die Autobahn und rückten über Ludwigsburg in Stuttgart ein, andere Genossen waren am Vorabend vorausgefahren.So sind wir keinen "Verkehrskontrollen" begegenet.Im Gegensatz zu etlichen anderen Genossen/innen parkten wir unser Auto weitab vom Zielort und fuhren mit der Straßenbahn zum Waldfriedhof Degerloch. Das letzte Stück mußten wir zu Fuß gehen, nachdem uns (verhetzte)Stuttgarter zu früh aus der Bahn geschickt hatten.Ein kreisender Polizeihubschrauber markierte unser Ziel unmißverständlich.
In der Nähe des Friedhofs wuchs dann die Bullendichteschnell an,die gesamte Gegend war hermetisch abgeriegelt.Den Eingang versperrte ein Kontrollposten aus gut zwei Dutzend Bullen mit MP's, niemand entging den (nicht allzu gründlichen) "Waffenkontrollen". Erst der freie Rundblick vom Friedhof aus ließ das Ausmaß des Polizeiaufgebots erahnen. Die umliegenden,weiter oben bewaldeten Hänge wimmelten von Posten,Bullen zu Fuß und zu Pferd,viele mit MP's, ein Übertragungswagen mit optischer Spezialausrüstung übersah das Gelände, eine vollendete Polzeischau,inszeniert um zu beeindrucken.
Auf dem Wall rund um den Friedhof standen etliche Genossen mit entfalteten Transparenten ("Wer die BRD angreift, begeht Selbstmord - Leber",und zwei weitere) , aber auch Presseleute und Verfassungsschützer.Da wir mit etwas Verspätung eingetroffen waren (nach elf),bekamen wir gerade noch mit,wie die meist aus der BRD und Westberlin angereisten Genossen/innen zum gemeinsamen Grab von Gudrun und Andreas zogen.Die Schar, die genug Mut und Anstand besessen hatte,um zu kommen,war klein.Wenn man die Fluktuation einkalkuliert,können es vielleicht 800 Genossen gewesen sein.Ein unglaubliches Armutszeugnis für die westdeutsche Linke auch dann,wenn man bedenkt,daß werktätige Genossen nicht so ohne weiteres ihren Arbeitsstätten fernbleiben können.
Eine fast gespenstische Atmosphäre war zu spüren:Die Menschentraube um das Grab,die Stille,nur unterbrochen vom Klicken der Kameraverschlüsse,vom Surren der Filmgeräte,vom Wiehern eines Polizeigauls,die zum Schutz meist vermummten Gesichter,alles überlastet von den Eindrücken und Erfahrungen der letzten Tage und Wochen.Hektik ging nur von den Presseleuten aus,die wie die Hyänen um Aas,den günstigen Einstellungen nachjagten.Später wurden die meisten von ihnen mit einem kurz aufkommenden Sprechchor in den Hintergrund verdrängt.
Ein Transparent in der Menge,noch nachträglich entrollt ("Gegen die Morde an den politischen Gefangenen,gegen Flugzeugentführungen;Friede von Hütten, Krieg den Palästen") wurde von den Meisten (zu recht) nicht gerne gesehen.Nur wenige Fahnen waren dabei.
Von den Reden am Grab konnten wir nur hin und da ein paar Fetzen verstehen, obwohl wir von den Sprechern oft nur wenige Meter entfernt waren.Offenbar hatte man keinerlei Sprechanlage genehmigt. Immerhin konnten wir Beiträge der IRA, einer dänischen Gruppe und des KB's unterscheiden.
Der gleiche KB,der am Montagabend (nicht nur) in der Frankfurter Aktionseinheit die nationale Mobilisierung nach Stuttgart abgelehnt hatte und deshalb für das triste Bild,das die "extreme" Linke in Degerloch bot,ganz entschieden mitverantwortlich ist,gab das Schauspiel einer Kranzniederlegung.Genossen, das ist Theater,billige,abgeschmackte Heuchelei.Anstelle eurer Organisation habt ihr eine Delegation mit einem Kranz entsandt!
Nach den Redebeiträgen,nachdem etwas zaghaft die Internationale gesummt worden war,begann sich der Haufen um das Grab zu lichten. Eine Stunde später, gegen 13.30 Uhr zogen die letzten Genossen ab.Als wir wieder auf die Straße kamen,wurden gerade Sprechchöre gegen die Bullen gerufen und es herrschte allgemeine Aufregung.Spezialbullen in hellgrünen Kampfanzügen (GSG 9?),u.a. mit langen Schlagstöcken bewaffnet, übten sich zuerst in Drohgebärde,wurden dann aber zurückgezogen.Wie wir später erfuhren,ist ein Genosse zusammengeknüppelt worden,der den Schlagstock eines Bullen in den Wald geworfen hatte.
Den Weg zurück nach Degerloch hatte man uns verlegt.Ein Teil der Genossen zog nun ungeordnet in Richtung Innenstadt ab,das Gros folgte hintennach,zu einem kurzen Demonstrationszug formiert. Wieder bis an die Zähne bewaffnete Bullen,die MP im Anschlag,wohin der Blick auch fiel.Keiner sollte ohne Feststellung der Personalien davonkommen. Für diesen Zweck war vor den ersten Häusern eine mehrfach gestaffelte Straßensperre errichtet worden.Dort sollte man seinen Paß abgeben;ein Stab Zivilbullen mit Spezial-Einsatzfahrzeugen prüfte die Daten fernmündlich.
Die Genossen,die mit ihren Autos bis zum Friedhof gefahren waren,wurden ebenfalls (schleppend) überprüft.Die meisten bereits abgefertigten Genossen sammelten sich unterhalb der Sperre.
An ein militantes Vorgehen gegen die Bullen war angesichts des Kräfteverhältnisses nicht zu denken.So sind wir nach Hause gefahren,in dem Bewußtsein, daß der Staat einen beachtlichen (wenn auch nur vorläufigen) Sieg über die westdeutsche Linke davongetragen hat. Uns hat diese Erfahrung deutlich wie noch nie gezeigt:Diese Organisationen, die sich von den (mitverschuldeteten) Opfern aus den eigenen Reihen entweder offen und "entrüstet" oder heimlich und verschämt abwenden,die haben ihre Existenzberechtigung verspielt!

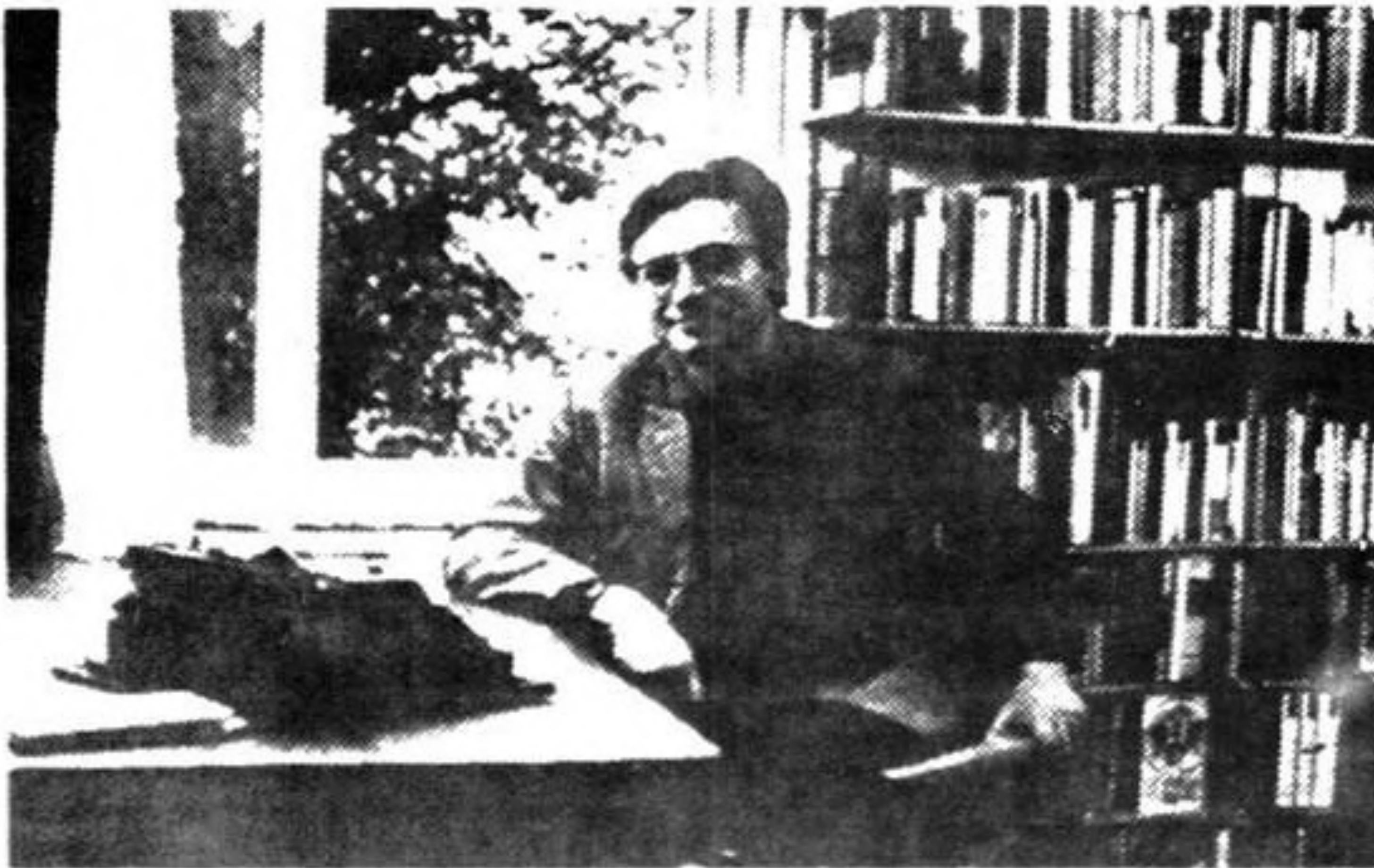
(Aus "Spartacus" 39)

'PERMANENTE REVOLUTION' IST DAS ZENTRALORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA UND ERSCHEINT MONATLICH.

EINZELPREIS: S 3.-, DM o.4o
ABONNEMENTS: 12 AUSGABEN S 4o.-
DM 6.-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRESSE:
IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

IMPRESSUM: EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER, DRUCK UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: KARL REITTER, KLIMSCHGASSE 18/6, 1o3o WIEN.



Bahros ,Alternative'

Analyse und Kritik

Die Diskussion um Bahros Buch wird für die westdeutsche Linke mehrere Fragen aufwerfen. Die erste und unmittelbar zu beantwortende ist die Verhaftung des Genossen Bahro in der DDR.

Unsere Solidarität gilt dem Revolutionär Rudolf Bahro, gegen dessen Verhaftung wir protestieren, denn wir wissen sehr wohl wogegen wir protestieren.

"Der Ostberliner Funktionär, der bis zu seiner Verhaftung noch Mitglied der Parteileitung in seinem Betrieb war, redet (soweit bekannt) in seinem Buch, das Anfang September in Köln erscheinen soll, an keiner Stelle etwa dem Parlamentarismus das Wort oder der Zulassung bürgerlicher Parteien, noch verlangt er den Verzicht auf das marxistische Dogma von der Diktatur des Proletariats. Im Gegenteil: Hier sind die Quellen, zu denen Bahro zurückführen will... Die Bundesdeutschen, die gegen die Verhaftung und Behandlung Rudolf Bahros jetzt so lautstark protestieren, sollten sich daher, sofern nicht ohnehin der Linken und ganz Linken zuzurechnen, klar darüber sein, wogegen sie protestieren." (Nürnberger Nachrichten)

Die Linke hat leider bisher nicht lautstark "protestiert". Eine Pflicht der Solidarität besteht darin, Bahros Buch und die darin vertretenen Thesen öffentlich zu diskutieren und einer solidarischen Kritik auszusetzen, damit ist ihm und der Linken hier und in der DDR am meisten gedient - so jedenfalls versteht sich auch unsere Buchbesprechung.
Diese Buchbesprechung kann Bahro allerdings in zweierlei Hinsicht nicht "gerecht" werden. Zum einen ist eine umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem immerhin über 500 Seiten starken Werk in diesem Rahmen nicht zu leisten, dies würde zumindest eine längere wissenschaftliche Abhandlung erfordern, daraus folgt zum zweiten, daß wir uns hier auf eine Benennung einiger uns wesentlicher Punkte und Differenzen beschränken müssen (z.B. fehlt eine Auseinandersetzung mit Bahros falscher Gegenüberstellung von Rätedemokratie und territorialem Kommuneprinzip, Kritik an seinen Illusionen zum 'Eurokommunismus' etc.).

Dadurch verschiebt sich natürlich das Gewicht auf die Kritik und Differenzen und läßt die "Übereinstimmungen" zu kurz kommen. Wir nehmen dies in Kauf, zumal es Marxisten gewöhnlich um weitertreibende Diskussion und nicht um "Würdigungen" geht.

Das Buch ist in drei Hauptabschnitte unterteilt: 1)"Das Phänomen des nichkapitalistischen Weges zur Industriegesellschaft", 2)"Die Anatomie des real existierenden Sozialismus" und 3) "Die Strategie einer kommunistischen Alternative".

Zunächst läuft Bahros Argumentation in Stichpunkten wie folgt ab:
Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß der sogenannte "real existiernde Sozialismus" keines der anstehenden Probleme der Menschheit zu lösen imstande ist, und daß dieser "Sozialismus" nichts mit dem von Marx in seiner sozialistischen Theorie entworfenen Ordnung gemein hat. "Was war das für ein besseres Leben, das wir schaffen wollten? War das nur jener mittelmäßige, in sich selbst perspektivlose Wohlstand, mit dem wir dem Spätkapitalismus so erfolglos den Rang ablaufen suchen, seinen Vorsprung auf einem Wege, der nach all unserer überlieferten Überzeugung in den Abgrund führt? Wir wollten eine andere, höhere Zivilisation schaffen! Jene neue Zivilisation, die heute notwendiger denn je zuvor ist und deren Entwurf nichts mit der Illusion einer widerspruchsfreien 'vollkommenen Gesellschaft' zu tun hat.
Einstweilen hat sich herausgestellt, wir bauen die alte Zivilisation nach..." Die neue Ordnung verbürgt "...nicht einmal den Frieden - nicht zu verwechseln mit dem 'Gleichgewicht der Abschreckung' an dessen erweiterter Reproduktion sie aktiven Anteil nimmt." (S 7f.)

Der "real existierende Sozialismus" ist, so Bahro weiter, eine nichtkapitalistische Gesellschaft, die beherrscht wird von einem bürokratischen Staatsapparat. Dieser bürokratische Staatsapparat beherrscht das gesamte gesellschaftliche Leben, verfügt über den Produktionsapparat und die Verteilung des Mehrprodukts (nicht Mehrwert!). Dieses bürokratische System ist inzwischen (!) eine veramtete politische Organisation, ein Anachronismus, der die wirkliche Entfaltung der neuen Gesellschaft verhindert, indem er ihren sozialen Triebkräften die Spitze bricht. Dieses bürokratische System - fordert Bahro - muß beseitigt werden, um die Gesellschaft als freie "Assoziation von Kommunen" weiterzuentwickeln.

Nach Bahro war dieser bürokratische Staatsapparat jedoch in der Sowjetunion notwendig und progressiv, um die Industrialisierung zu leisten. Die Oktoberrevolution war also kein "Stellvertreter der proletarischen Revolution", sondern eine "antiimperialistische Revolution für die Industrialisierung". Die sozialistische Bewegung in Rußland hatte andere objektive Aufgaben als sie subjektiv glaubte, es ging nicht um die Diktatur des Proletariats, sondern um die Industrialisierung. D.h., die Sowjetunion mußte die Räte beseitigen. Alle Parteikämpfe waren nichts als Geburtswehen der Despotie, der Zwangsapparat war notwendig.

Erst jetzt nach der Industrialisierung seien die politischen Strukturen in der SU überholt. Die Bürokratie wird zur ökonomischen Last und muß beseitigt werden.

Der "nichtkapitalistische Weg" sei, so Bahro, für alle "vorindustrielle Nationen" notwendig, er muß bis zum Abschluß der Industrialisierung immer Zwangscharakter tragen. Kultureller Fortschritt und Industrialisierung erfordern eine despotische Staatsmacht. Der Ursprung des "nichtkapitalistischen Weges" wurzelt in der Hinterlassenschaft der sogenannten "Asiatischen Produktionsweise".

Die Asiatische Produktionsweise ist für Bahros Theorie in zweierlei Hinsicht wichtig. Erstens behauptet er eine Strukturverwandtschaft zwischen den frühen asiatischen Despotien und dem "real existierenden Sozialismus": "Denn in ihrer klassischen Hochform als Ökonomische Despotie im alten Ägypten, Mesopotamien, Indien, China, Peru weist die asiatische Produktionsweise, die Formation des Übergangs zur frühen Klassengesellschaft, eine aufschlußreiche Strukturverwandtschaft zu unserer Epoche des Ausgangs der Klassengesellschaft auf... Verstaatlichte, nicht mehr gemeinschaftliche bzw. noch nicht vergesellschaftete Produktivkräfte machen das Charakteristische dieser beiden Epochen aus." (S. 79f.) Zweitens geht Bahro davon aus, daß die "vorindustriellen Gesellschaften" (hier am Beispiel Rußlands), die die "antiimperialistische Revolution für die Industrialisierung" durchführen, entscheidend durch ihr "asiatisches Erbe" geprägt sind. Unserer Meinung nach geht Bahro hier methodisch nicht korrekt vor. Es ist unzulässig von der Ebene der marxistischen Geschichtstheorie und ihrer Kategorien unmittelbar auf die politische Ebene zu wechseln. Notwendig ist die"Zwischenschaltung" einer historischen konkreten

Analyse. Trotz aller Einschränkungen, "realhistorischen" Hinweise und gegenteiliger Beteuerungen landete Bahro bei einer überhistorischen Analogie, in der der "real existierende Sozialismus", sprich Stalinismus, zur modernen Produktionsweise wird (hier findet sich Bahro übrigens in der ungemütlichen Gesellschaft des heutigen Antikommunisten K.A. Wittfogel wieder). Zugrunde liegt diesem falschen methodischen Vorgehen Bahros, seine Ausklammerung des imperialistschen Weltmarktes aus der Analyse! Damit gehen ihm die entscheidenden theoretischen Voraussetzungen zur Analyse der Oktoberrevolution und der Sowjetunion verloren: die Theorie der internationalen, permanenten Revolution und speziell das Gesetz der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung. Entgegen Bahros Behauptungen waren sich Lenin (und auch Trotzki) über den "halbasiatischen Charakter" des zaristischen Rußland durchaus im klaren. Entscheidend ist, wie sich unter den Bedingungen des imperialistischen Weltmarktes die rückständigen Länder (Bahro spricht fälschlicherweise von "vorkapitalistischen Ländern") entwickeln. "Während die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Hauptmasse bis zur Revolution fast auf dem Niveau des siebzehnten Jahrhunderts verblieben war, stand Rußlands Industrie in Bezug auf Technik und kapitalistische Struktur auf der Stufe der fortgeschrittenen Länder und eilte diesen in mancher Beziehung sogar voraus ... Diese Tatsache, die wir zum erstenMale im Jahre 1908 festgestellt haben, verträgt sich schlecht mit der Vorstellung von der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands. Indes widerlegt sie die Rückständigkeit nicht, sondern ist deren dialektische Ergänzung." (Trotzki,"Geschichte der russischen Revolution") Die ungleichmäßig-kombinierte Entwicklung, Ausdruck der Einbeziehung Rußlands in den imperialistischen Weltmarkt, erklärt das innere gesellschaftliche Kräfteverhältnis (Stärke und Schwäche der einzelnen Klassen). Wird dieser Aspekt bei Bahro zumindest noch angedeutet, so liegt die schwerwiegenste Beschränkung Bahros darin, daß er die "Reife" einer Gesellschaft für die sozialistische Revolution nur vom nationalen Standpunkt aus betrachtet. Bahro steht hier (unbewußt) methodisch auf dem Boden der Theorie vom "Sozialismus in einem Lande". Die Frage ist jedoch gar nicht, ob einzelne Länder "reif" sind oder nicht: "Insofern der Kapitalismus einen Weltmarkt geschaffen hat, eine weltumfassende Arbeitsteilung und weltumfassende Produktivkräfte, hat er zugleich die Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit für die sozialistische Umgestaltung vorbereitet. Verschiedene Länder werden diesen Prozeß in verschiedenem Tempo vollziehen. Unter gewissen Bedingungen können zurückgebliebene Länder früher als die fortgeschrittenen zur Diktatur des Proletariats kommen, aber später zum Sozialismus... In einem Land..., wo das Proletariat als Endergebnis einer demokratischen Revolution zur Macht gekommen ist, hängt das weitere Schicksal der Diktatur und des Sozialismus letzten Endes nicht nur und nicht so sehr von den nationalen Produktivkräften ab, wie von der Entwicklung der internationalen Revolution."(Trotzki, "Die permanente Revolution")

Wenn Bahro ebenfalls von der nationalen "Reife" oder "Unreife" ausgeht, so unterscheidet er sich von der Stalin'schen Theorie nur darin, daß er es ablehnt, den "nichtkapitalistischen Weg" (der SU) als Sozialismus zu verkaufen. Bahros Stalinkritik muß sich damit auf die "Heuchelei" dieses Regimes verengen. (Ohne hier weiter darauf eingehen zu können, sind wir übrigens der Meinung, daß der Verlauf der Industrialisierung zwar die ökonomischen Vorteile einer "nichtkapitalistischen Industrialisierung" offenbarte, aber, was leicht nachzuweisen ist, der Preis der Industrialisierung sich durch die politische Herrschaft der Bürokratie ungeheuer erhöhte). Dieser zentrale Fehler Bahros zieht alle anderen Widersprüche und Fehler nach sich.

So führt ihn die historische Rechtfertigung des stalinistischen Regimes zu einer grob fehlerhaften Kritik der "Deformationsthese", insbesondere Trotzkis - obwohl er Trotzkis Position offenbar kennt. So betont er zunächst völlig korrekt: "Trotz gelegentlicher Experimente ist in den Ländern des real existierenden Sozialismus nie um irgendeines Staatsprofits willen produziert worden. Es ging nie primär um Mehrwert, sondern um Mehrprodukt... So ungewohnt es auf den ersten Blick erscheinen mag: Die Ausbeutung ist bei uns ein politisches Phänomen, ein Phänomen der politischen Machtverteilung." (S.114) In diesem Zusammenhang wendet er sich gegen Trotzki, der angeblich annahm, "...irgendwann würden sich die verantwortlichen Funktionäre privat die Fabriken aneignen, (damit) dokumentiert er nur den Anachronismus des Schemas, mit dem er die Stalinperiode begreifen wollte." (S. 114), und gegen Mandel kritisiert er, daß dieser (im Einklang mit Trotzki) den "Grundwiderspruch zwischen nichtkapitalistischer Produktionsweise und bürgerlicher Verteilungsweise" (S. 123) sieht. Trotzki ging jedoch keineswegs davon aus, daß "die Funktionäre" sich die Fabriken privat aneignen würden, sondern, daß für diese private Aneignung der Fabriken eine bürgerliche Konterrevolution notwendig wäre, d.h. die Bürokratie zu beseitigen sei zugunsten einer neuen (alten) Klasse (s.Trotzki, "Verratene Revolution", S. 239 ff) und bürgerliche Verteilungsweise meint mehr als, was Bahro wohl annimmt, Versorgungssystem und Verteilung, sondern schließt bürgerliches Recht und die Gesamtheit materieller Privilegien, einschließlich ihrer institutionellen Folgen für den Aufbau des Staates, ein.

Widersprüchlich sind auch Bahros Aussagen zur Leninschen Partei. Ist seine Stellung zur Linken Opposition um Trotzki noch konsequent aus seiner Position des notwendigen stalinistischen Despotismus zu erklären: "Sie haben die Macht verloren, weil sie nicht zu dem Staat paßten, der im Werden war. Stalin hat sie gewonnen, weil er dazu paßte." (S. 137), so ist doch bei Bahro unverständlich warum die Leninsche Partei vernichtet wurde, wenn die bolschewistische Partei angeblich "...in Nuce schon den neuen Staatstyp vorstellte..." Die Vernichtung der Leninschen Partei (nicht nur politisch-ideologisch, sondern durchaus auch physisch) ist doch Ausdruck dafür, daß sie mit dem stalinistischen Staat nicht vereinbar war, deshalb hat die Stalinperiode "... den Leninismus seiner humanistischen Perspektive beraubt." (Bahro)

Im Rahmen einer ausführlichen Auseinandersetzung mit Bahro wäre nachzuweisen, daß mit seinem zentralen Fehler (fehlender Imperialismusbegriff, permanente Revolution etc., s.o.) seine durchgängige Unterschätzung der Arbeiterklasse bzw. Überschätzung der Intelligenz zusammenhängt. Die Intelligenz wird bei ihm fast zu dem revolutionären Subjekt der Geschichte und zwar nicht nur für die Länder der "3. Welt" und in den kapitalistischen Ländern (S. 152), sondern auch und gerade in den Ländern des "real existierenden Sozialismus", "gilt, daß die werktätigen Massen in der Geschichte vorwiegend die quantitative Akkumulation leisten."

Bahros Aussagen zum Klassenkampf im kapitalistischen Europa wollen wir hier ausklammern und auf sein eigentliches Thema - der Analyse und notwendigen Umwälzung der Länder des "real existierenden Sozialismus" - beschränken, hier liegen auch bei aller Einschränkung die positiven Verdienste Bahros.



FORTSETZUNG FOLGT IN DER NÄCHSTEN "PERMANENTEN REVOLUTION"

